Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,60 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1058 48 Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Mittwoch, den 11. Februar 1925** | **5. Jahrgang * Nr. 21**

Hoefle verhaftet

Wann kommen die Bauer, Heilmann, Wels und Konsorten dran?

Die Blätter melden, daß der frühere Reichspostminister Dr. Hoefle gestern im Moabiter Gerichtsgebäude, wohin er zur Vernehmung bestellt worden sei, auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts Dr. Linde verhaftet worden sei. Kurze Zeit darauf sei gegen ihn der formelle Haftbefehl wegen passiver Bestechung ergangen.

Wie das „Tageblatt" hört, ist der Zentrumsabgeordnete Lange-Hegermann vom Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages aufgefordert worden, sein Reichstagsmandat niederzulegen. Lange-Hegermann ist dieser Aufforderung bisher nicht nachgekommen. Dem „Lokalanzeiger" zufolge soll der Staatsanwalt die Zentrumsfraktion darum ersucht haben, Lange-Hegermann zur Niederlegung seines Mandats zu veranlassen. Im anderen Falle würde der Staatsanwalt an den Reichstag das Ersuchen um Aufhebung der Immunität stellen, da Lange-Hegermann gleichfalls in Untersuchungshaft genommen werden soll.

Der ehemalige Zentrumsabgeordnete Dr. Fleischer ist nach Pressemeldungen ebenfalls überführt, sein Einkommen nach dem bekannten Muster des sozialdemokratischen Reichskanzlers a. D. Bauer vermehrt zu haben. Er hat für zweifelhafte Goldankaufsgeschäfte zwischen dem Reichspostministerium und der Depositen- und Handelsbank eine Provision von über 100 000 Goldmark erhalten.

*

Aus dem Sumpf der Korruption sind solch übelduftende Blasen aufgestiegen, daß die herrschende Klasse nicht umhin kann, um den Schein zu wahren, als ihren Mannen durch die Verhaftung von Hoefle und die drohende Verhaftung der übrigen Schieber die Lehre zu geben, daß man nicht gar zu ungeschickt beguunern darf. Die Staatsanwaltschaft hat „energisch" zugegriffen. Aber noch laufen die Bauer, Heilmann, Stresemann und Konsorten in Freiheit herum. Noch sind diese Leute nicht ins Loch gesiogen, während zu derselben Zeit die Gerichte der Republik täglich ehrliche Arbeiter und Klassenkämpfer zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilen.

Die „Aktion" der Ebertinischen Staatsanwälte kann keinen denkenden Arbeiter täuschen. Im Höchstfalle werden die Untersuchungen den Sinn haben, ein oder zwei gar zu tolpatschige Schieber zu verdammen, damit um so geschickter die großen Korruptionen, Schiebereien und Beguunerungen, die zum Wesen des bürgerlichen Staates gehören, vertuscht werden können. Schon arbeitet ja die Presse in diesem Sinne. „Vorwärts" und „Deutsche Allgemeine Zeitung" haben sich auf der einen Linie gefunden, die Barmat-Untersuchungsausschüsse so bald wie möglich abzuwürgen. Angeblich hätten sich die Untersuchungen „zu weit in das Gestrüpp persönlicher und nebensächlicher Auseinandersetzungen" verloren!

Niemand von den sozialdemokratischen Arbeitern soll sich täuschen lassen, wenn hier und da in der SPD.-Presse der Hoefle-Fleischer-Skandal mit saftigen Kraftausdrücken gegen die Schieber aufgezogen wird. Was man hier erreichen will, ist klar: man will die Aufmerksamkeit der Arbeiter ablenken von dem eigenen stinkenden Sumpf in der SPD. und man will gleichzeitig der Bourgeoisie zu verstehen geben, daß, wenn die SPD. ihre „Opposition" aufgeben soll, sie wieder in die Koalition aufgenommen werden muß.

Diese Schindeltaktik der sozialdemokratischen Führer darf bei denkenden Arbeitern keinen Erfolg mehr haben. Wer jetzt noch in den Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiter glaubt, eventuell durch eine linke Opposition innerhalb seiner Partei die SPD. wieder zu einer proletarischen Organisation zu machen, der wird die grausamste Enttäuschung erleben.

Den Augiasstall der sozialdemokratischen Führerschaft auszumisten, das ist bereits unmöglich. Wer ein ehrlicher Arbeiter bleiben will, der kann nur handeln nach der Parole: Niemals mehr Barmat-Partei, hinein in die KPD.!

Schieber zum Tode verurteilt!

In Sowjet-Rußland, nicht in Ebert-Deutschland

Als wir vor den Wahlen bereits den Barmat-Skandal aufdeckten, bezog die SPD. Verteidigungsstellung und ließ ihre Meinungsfabrik, den sozialdemokratischen Pressedienst „beweisen", daß in Rußland ungeheure Korruptionsfälle vorgekommen seien. Der Fall des Staatsbankdirektors Krasnowischenkow, der Privatgeschäfte mit Staatsgeldern machte, wurde „aufgedeckt", trotzdem die kommunistische Presse den Fall bereits viel früher mitteilte, aber gleichzeitig die Verurteilung des Schiebers zu fünf Jahren Gefängnis meldete.

Heute, wo der Barmat-Sumpf größer und noch stinkender geworden ist, verteidigt sich die SPD. so, daß sie für jede aufgedeckte SPD.-Korruptionsschweinerei eine bürgerliche Schweinerei enthüllt. Die „Ehrenmänner" bescheinigen sich also gegenseitig ihre Lumpereiund wollen jetzt den Mantel kapitalistischen Vergessens über den Sumpf breiten, um den kapitalistischen Staat zu retten.

Der proletarische Staat Sowjet-Rußland hat das nicht nötig. Rücksichtslos werden alle Gaunereien bekämpft und verfolgt. In Leningrad hat die Verwaltung des Ledertrusts den Privathandel begünstigt und dadurch die Interessen des Sowjetstaates geschädigt. Der Prozeß, der den wirtschaftlichen Gegenrevolutionären gemacht wurde, endete damit, daß

gegen acht Schieber das Todesurteil

ausgesprochen wurde.

Sowjet-Rußland zeigt den deutschen Arbeitern mit diesem Urteil den Unterschied zwischen einem Arbeiterstaat und der kapitalistischen Republik Deutschland.

66 Jahre Festung beantragt

Der Hamburger Staatsanwalt bedauert, nicht die Todesstrafe fordern zu können

Hamburg, 10. Februar.

Kurz nach 11 Uhr wurden heute vormittag die Strafanträge seitens des Staatsanwalts im Prozeß gegen Urbahns und Genossen bekannt gegeben. Es wurden beantragt für

Urbahns wegen vollendeten Hochverrats 15 Jahre Festung,
Frehde wegen vollendeten Hochverrats 12 Jahre Festung,
Köppen wegen vollendeten Hochverrats 12 Jahre Festung,
Levy wegen vollendeten Hochverrats 8 Jahre Festung,
Jensen wegen Beihilfe zum Hochverrat 6 Jahre Festung,
Schaible wegen Beihilfe zum Hochverrat 5 Jahre Festung,
Kühl wegen Beihilfe zum Hochverrat 5 Jahre Festung,
Esser wege Beihilfe zum Hochverrat 3 Jahre Festung.

Für alle Angeklagten soll Hochverrat in Tateinheit mit § 7 des Republik-Schutzgesetzes in Frage kommen.

*

66 Jahre Freiheitsberaubung haben die Staatsanwälte der Republik Dr. Reuter und Dr. Gernig gegen die Hamburger Helden beantragt! Reuter, den die Hamburger Arbeiter nur den Zuchthaus-Reuter nennen, hat in seinem Plädoyer ausdrücklich bedauert, daß er die Todesstrafe nicht in Anwendung bringen könnte: „an und für sich wäre sie angemessen". Und der andere Staatsanwalt sagte hinzu:

„Schwer müssen die Strafen sein, um dem Rechtsempfinden des Volkes zu entsprechen."

Als ob das Rechtsempfinden des Volkes jemals frecher beleidigt worden ist, als zu dieser Zeit, wo ehrliche Kämpfer, die offen zu ihren politischen Taten stehen, der blutigsten Rachejustiz der Republik anheimfallen, während offensichtliche kriminelle Schieber in den höchsten politischen Kreisen, Sozialdemokraten und bürgerliche Minister, frei herumlaufen oder mit Samthandschuhen angefaßt werden. Man spricht vom Rechtsempfinden des Volkes, zu derselben Zeit, wo die jungen Leute der Schwerindustrie in der Regierung ihren Auftraggebern Millionen und aber Millionen des Volksvermögens in den Rachen geworfen haben.

Diese Redensart des Klassenrichters vom Rechtsempfinden des Volkes, dem nur Rechnung getragen werden könne durch die allerärtesten Strafen gegen die Kommunisten, ist eine gemeine Verhöhnung des werktätigen Volkes. Diese Heuchelei der Klassenjustiz in der Ebert-Republik darf nicht unbeantwortet bleiben! Das Empfinden eines jeden ehrlichen Arbeiters, ganz gleich, welcher Partei er angehört, ist nicht bei dem sogenannten „Recht" der Hamburger Richter, sondern bei den aufrechten Kämpfern von Hamburg. Für sie und für die vielen Tausenden revolutionärer Kämpfer, die hinter den Kerkergittern sitzen, wird die proletarische Stimme mit verstärkter Leidenschaft ertönen:

Heraus mit den politischen proletarischen Gefangenen.

Hinein ins Zuchthaus mit den Minister- und Abgeordnetenschiebern der Bauer, Heilmann, Stresemann und Konsorten!

Beginn des „Tscheka"-Prozesses

Leipzig, 11. Februar.

Gestern begann vor dem ersten Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik der Prozeß gegen die sogenannte „Tscheka. Die ganze Umgebung des Staatsgerichtshofes ist in ein wahres Feldlager verwandelt. Um den ganzen Spitzelapparat ungehindert gegen die KPD. aufziehen zu können, hat das Polizeipräsidium jede Art von Ansammlung oder Demonstration verboten. Gerichtsgebäude und Verhandlungssaal sind von mehrfachen Kordons von Schupo „hart gesichert".

Die Verhandlungen wurden um 9½ Uhr eröffnet. Die Verteidigung beantragte, den Senatspräsidenten Niedner, der in der parteiischsten Weise im Königsberger Prozeß die rote Fahne beschimpft und in einem Leipziger Prozeß gegen den Reichswehrsoldaten Fiedler dem Meuchelmord das Wort gesprochen hat, vom Vorsitz zu entfernen. Der Antrag wird natürlich abgelehnt. Ebenso wird ein Antrag der Verteidigung abgelehnt, der gegen die Unterbrechung der Verhandlungen am 12. Februar protestiert, weil angeblich die Angeklagten Diener und König, bekanntlich die beiden Spitzel, in einem anderen Verfahren vor dem süddeutschen Senat Verwendung finden sollen.

Nach fünf Stunden solcher geschäftsmäßigen Debatten beginnt die Vernehmung der Angeklagten. Wir werden von morgen an ausführlicher berichten.

Militärische Verschwörung oder bewaffnetes Proletariat

Gegen das Lügengewebe des „Tscheka"-Prozesses und die sozialdemokratische Heuchelei!

Als einen besonderen Coup in dem in Leipzig gestern begonnenen großen Prozeß glauben die Stützen der Republik und der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik den Nachweis erbringen zu können, daß die Kommunistische Partei im Oktober 1923 ihre politischen Ziele mittels militärischer Verschwörergruppen verfolgt habe. Die Lügenmeute der bürgerlichen Presse, und nicht zuletzt die sozialdemokratische Presse kolportieren pausenlos die abenteuerlichen Schwindelnachrichten in die Welt. Mit Handgranaten, Sprengstoffen und mit allen möglichen Schießprügeln habe die Kommunistische Partei Stoßtrupps ausgerüstet, um den blutigen Bürgerkrieg zu provozieren.

Ein leibhaftiger General der Roten Armee sei außerdem in Deutschland tätig gewesen, um hier die militärischen Vorbereitungen zum gewaltsamen Umsturz zu treffen. Riesige Lager von Waffen und Sprengstoff seien angelegt worden.

Diese Tendenzmeldungen und die vom Oberreichsanwalt konstruierten Anklagen, die sich auf bezahlte Berichte erbärmlicher Spitzelsubjekte und Agents provocateures stützen, sind schon wiederholt durch die vielen Hochverratsprozesse, die vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig stattfanden, wiederlegt worden. Soweit kommunistische Mitglieder und die übrige Arbeiterschaft im Herbst 1923 im Besitz von Waffen, Sprengstoff usw. waren, wurden diese Waffen durchweg den geheimen Munitionslagern der Faszisten und anderer militärischer Geheimorganisationen entnommen. Die revolutionäre Arbeiterschaft hat sich einfach in den Besitz dieser bekanntgewordenen Waffen- und Munitionsbestände gebracht, um nicht wehrlos dem faszistischen Terror und dem Staatsstreich ausgeliefert zu sein.

Die Kommunistische Partei hat jederzeit offen ihre Ziele und die Mittel und Methoden, diese Ziele zu erreichen, klargelegt. Und sie hat der deutschen Arbeiterschaft seit 1918 mit aller Kraft eingehämmert, daß nur die Waffen in den Händen der Arbeiterschaft das sichere Faustpfand für die endgültige Niederschlagung der Reaktion und der Errichtung der Diktatur des Proletariats sind. Diese Erkenntnis hat auch das Gros der deutschen Arbeiterklasse in den vielen Kämpfen, die sie mit der Reaktion und den Weißgardisten zu bestehen hatte, sich selbst gesammelt. Unter dem Druck der Ereignisse mußten selbst Lokal- und Bezirksorganisationen der Sozialdemokratischen Partei dieser Erkenntnis Rechnung tragen.

Als während des Kapp-Putsches die monarchistische Konterrevolution das fragwürdige Gebilde der Republik durch den militärischen Staatsstreich beseitigen wollte, haben sich die Sozialdemokraten in Rheinland-Westfalen nicht nur in Aufrufen für die Erringung der politischen Macht durch die Diktatur des Proletariats bis zum Siege des Sozialismus ausgesprochen, sondern Hunderte und Tausende von sozialdemokratischen Arbeitern haben sich zur Niederschlagung der Reaktion bewaffnet und mit den Waffen in den Händen gekämpft.

In dem bekannten Bielefelder Abkommen, daß von der Sozialdemokratischen Partei und den Regierungsvertretern der sozialdemokratischen Regierung protegiert wurde, aus dem Grunde, um die Rote Armee zu liquidieren, wurde ausdrücklich die Gründung proletarischer Ortswehren vereinbart. Es soll hier unerörtert bleiben, warum die Regierung und die Sozialdemokratie und der ADGB. dieses Abkommen nicht durchführten.

Als die Gefahr einer faszistischen Erhebung im Jahre 1923 akut in Erscheinung trat, waren es nicht nur kommunistische Arbeiter, die mit aller Kraft Hundertschaften bildeten und die Bewaffungsfrage zu lösen versuchten, sondern ausnahmslos im ganzen Reiche mußte die Sozialdemokratische Partei dem Verlangen ihrer Anhänger nachgeben und militärische Formationen, allerdings unter Ausschluß der Kommunisten, bilden, bezw. die Bildung in Angriff nehmen. Aber darüber hinaus sind in den verschiedensten Teilen in Sachsen und vor allen Dingen in Thüringen die Sozialdemokraten dazu übergegangen, die Bewaffnungsfrage zu lösen.

Wir wollen hier nicht, aus Rücksicht auf die Klassenjustiz, die Internas der Regierungsverhandlungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen erörtern.

Der Prozeß gegen den Innenminister Hermann über die Waffenkäufe haben bereits etwas den Schleier gelüftet. Als die Ehrhardt-Banditen an der thüringisch-bayrischen Grenze aufmarschiert waren und ihre militärischen Manöver ausführten, Geschütze, Maschinengewehre und Handgranaten in Funktion treten ließen, und die Thüringer Lapo, die zum Teil an der Grenze konzentriert war, aus feigem Hinterhalt beschossen wurde, da sah sich die Thüringer Sozialdemokratie unter dem Druck der Ereignisse gezwungen, dem Problem der bewaffneten Arbeiterschaft näher zu treten. Die SPD. löste selbstverständlich dieses Problem nicht dadurch, daß sie die gesamte Arbeiterschaft bewaffnete. Für sie war die Frage der „republikanischen Ortswehren" und die Einreihung von Arbeitern als Hilfstruppen in die Lapo eine reine Parteifrage. Aber trotzdem wurden zwischen der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratie Vereinbarungen getroffen, daß für den Ernstfall die Lapo durch 5000 Arbeiter, welche von „Staatswegen" eingekleidet und bewaffneten werden sollten, verstärkt werden muß. Für ganz Thüringen waren fünf Konzentrationspunkte, sogenannte Standorte, festgelegt worden. Aber selbst außerhalb des Rahmens der staatlichen Organisation hat sich die Thüringer Sozialdemokratische Partei ernstlich mit der Bewaffnungsfrage befaßt.

Das Gros der sozialdemokratischen Arbeiter erkannte in jener Zeit ganz gut, um was es ging. Verfassung hin. Verfassung her, das Leben der Arbeiterklasse war durch die militärischen Horden der Faszisten bedroht. Der Bürgerkrieg stand auf der Tagesordnung und aus dem gesunden Selbsterhaltungstrieb heraus haben auch sozialdemokratische Arbeiter, vielleicht im Gegensatz zu ihren Führern, das wollen wir gern annehmen, die realen Notwendigkeiten für den aufgezwungenen Abwehrkampf erkannt.

Das, was die Sozialdemokratische Partei, die bürgerliche Pressemeute und der Oberreichsanwalt über die Kommunistische Partei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250211-19/fragment/page=0001

im Jahre 1923 phantasierten, das trifft in der Tat heute noch auf die wichtigsten Stützen dieser Republik zu. Hören wir, was der bekannte Sozialdemokrat und militärische Sachverständige der SPD., Hermann Schützinger, in seinem Artikel vom 2. Januar 1924 in der „Glocke" über „General Seeckt, Reichswehr und Republik" sagt:

„Um das Schicksal der deutschen Republik wird in den kommenden Jahren zweifellos noch außerhalb der Wahllokale und Parlamente gewürfelt werden. Seien wir uns darüber klar, daß die Homogenität der Tradition und der Erziehung, welche das alte und einen Teil des neuen Offizierskorps immer noch beseelt, daß dieser jahrhundertelang gesichtete Raubtierglaube an das Allheilmittel der rohen Gewalt gefühlsmäßig im Unterbewußtsein eines Teils der Offiziere der Republik noch schlummert in einem Umfang, der die Grausamkeit der russischen „Tscheka" oder des ungarischen „Hejjas-Detachements" in einem kommenden Bürgerkrieg in den Schatten stellen würde."

Ohne eine Sudelei über Sowjet-Rußland gehts nun einmal bei den Sozialdemokraten nicht. Aber immerhin sind die übrigen Feststellungen, die Schützinger trifft, bezeichnend.

Trotz der Lügen und Verleumdungen wird die Kommunistische Partei der Arbeiterklasse jederzeit das sagen, was die historische Aufgabe der gesamten Arbeiterklasse ist. Der „Tscheka"-Prozeß wird nicht die „Verschwörergruppen der Kommunistischen Partei" enthüllen, sondern durch diesen Prozeß wird mit aller Deutlichkeit in das korrupte System des republikanischen Spitzelsumpfes und der Agent provokateures hineingeleuchtet werden.

Ausschluß Bauers aus der SPD.?

Die Staatsanwaltschaft interessiert sich für ihn

In einigen SPD.-Zeitungen wird ganz schüchtern — wie könnten auch die tapferen „Linken" es wagen, offen dem allmächtigen Wels-Parteivorstand Opposition anzusagen? — angedeutet, daß Bauer es verdient hätte, aus der Partei ausgeschlossen zu werden. Diese Andeutungen werden nicht etwa gemacht, um die Partei wirklich politisch zu reinigen, sondern deswegen, weil die Staatsanwaltschaft dem Barmat-Bauer auf den Pelz rücken will. Es ist nämlich das Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet worden. Da wäre es doch selbst für die lammgeduldigen sozialdemokratischen Arbeiter ein starkes Stück, wenn Bauer als vollwertiges Mitglied der SPD. womöglich ins Loch gehen müßte, ohne daß man ihn vorher ganz fallengelassen hätte.

Die Ratten verlassen das sinkende Schiff

Nach dem „Berliner Lokalanzeiger" hat der Staatssekretär a. D. Dr. August Müller, bisheriges Mitglied der SPD. und zurzeit außerordentlicher Professor an der Berliner Universität, seinen Austritt aus der Barmat-Partei erklärt. Er soll sich mit der Absicht tragen, den Demokraten beizutreten.

August Müller, selbst ein Koalitionspolitiker übelster Sorte, der stets unentwegt mit der Bourgeoisie geziehtelmechtelt hat, zieht nur die richtige Konsequenz aus der SPD.-Politik. Die SPD. steckt längst im bürgerlichen Sumpf, wozu also nicht auch Mitglied einer bürgerlichen Partei offen werden. Solche Paul-Lensch-Naturen sind immerhin noch ehrlicher als jene Burschen vom Schlage der Bauer, Heilmann, Wels, die sich vor Arbeitern immer noch in eine sozialdemokratische Unschuldstoga zu hüllen versuchen.

Dies Bildchen zeigt — es ist kein Schmu
Das Riesen-Barmat-Kängeru.
Es trägt in seinem Pelz
Die Heilmann, Bauer, Wels.
Es trägt noch mehr in seinem Sack.
Es trägt das ganze Schieberpack
Der SPD.-Partei.
Gib diesem Tier den Tritt, Prolet,
Auch wenn es Dich um Gnade fleht.
Schluß mit der Schweinerei! —

Der Hauptbelastungszeuge im „Tschekа"-Prozeß irrsinnig

Der angebliche Belastungszeuge Felix Neumann („Hans") muß wohl der Staatsanwaltschaft selbst als ein ungeheuerlicher Prahl-„Hans" vorgekommen sein. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß er geisteskrank ist. Er ist schon in den Jahren 1915 und 1918 von Irrenanstalt zu Irrenanstalt geschleppt worden. Die Irrenabteilung des Garnisonlazarettes Berlin-Tempelhof und die Irrenanstalten in Bautzen und Jüterbog haben umfangreiche Irrenakten über diesen „Kronzeugen des kommenden Tscheka-Prozesses" geführt. Selbst seine eigenen Angehörigen haben ihn schon jahrelang vorher als „verrückt" bezeichnet und das in Briefen schriftlich niedergelegt.

Sozialdemokratische Arbeiter gehen nach Rußland

Alle Sabotageversuche des „Vorwärts" umsonst

(Eig. Drahtm.) Ludwigshafen, 11. Februar.

Die Anilinarbeiter Ludwigshafens sendeten eine Delegation nach Sowjet-Rußland. Der Brief der Putilow-Arbeiter an den „Vorwärts" hat in der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen rege Diskussion ausgelöst mit dem Erfolge, daß der Kollege Ihrig, Betriebsrat der Badischen Anilin- und Sodafabrik, ein bekannter Sozialdemokrat und Gegner der Kommunisten, sich bereiterklärt, als Delegierter mit nach Sowjet-Rußland zu gehen. Er händigte einem Funktionär der KPD. folgendes Schreiben aus:

„Ich, Unterzeichneter bin bereit, als Delegierter mit nach Rußland zu gehen. Der Delegation dürfen nur Sozialdemokraten angehören. Die Kosten trägt die Arbeiterschaft der Anilin- und Sodafabriken.

Ludwigshafen, den 7. Februar 1925.

gez.: Peter Ihrig."

Die sozialpolitische Debatte im Reichstag

Eine Sauserei im Reichstag — Sozialdemokraten dabei — So sieht die „praktische Arbeit" aus — Abwürgung sozialpolitischer Forderungen

Anläßlich der Beratung über den deutsch-spanischen Handelsvertrag hatte der deutsche Weinbauverband am Mittwochabend vergangener Woche die Mitglieder des Handelsvertragsausschusses zu einem „Informationsabend" mit anschließender „Jungenprobe" der besten deutschen und spanischen Weine geladen.

Wie wir erfahren, haben sich die Abgeordneten sehr zahlreich „informiert" und bei dieser Gelegenheit etwa 400 Flaschen der besten Weine als „Jungenprobe" vertilgt.

Selbstverständlich haben sich auch mehrere Sozialdemokraten an diesem Saufgelage beteiligt. Darunter der bekannte Weinkenner Hildenbrand-Stuttgart. — Die Kommunisten beteiligten sich selbstverständlich an diesem Informationsabend nicht. Ihre Haltung zum deutsch-spanischen Handelsvertrag ist klar. Sie werden auch ohne Jungenprobe den Vertrag ablehnen.

★

Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge

Die Reden über dies Kapitel, das bei gähnender Leere — eine Weinsauserei interessiert mehr — am 9. Februar stattfand, waren auf bürgerlicher Seite überaus öde. Man gibt vor, für das Elend der Erwerbslosen „Verständnis" zu haben, aber man sieht keinen Weg, Arbeit zu verschaffen für die unfreiwillig „ruhenden Hände". Der Sozialdemokrat Brey reitet eine Attacke gegen die Kommunisten, die nicht danach fragen, wo die Mittel zur Durchführung der Anträge herkommen. (Als ob die Industriellen danach gefragt hätten, wo die ungeheuren Summen hergekommen sind, die ihnen Stresemann, Sollmann und Konsorten geschenkt haben.)

Genosse Rädel

rückt das ganze Geschwätz in das rechte Licht, er begründet einen Antrag auf Erhöhung der Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge auf 500 Millionen Mark, um die Erwerbslosen durch den Bau von Wohnungen wieder in den Produktionsprozeß einzureihen. Genosse Rädel schildert sodann die Methoden, die angewandt werden, um den Erwerbslosen die Unterstützung zu entziehen und führte dazu ganz krasse Beispiele an. Auf die sozialdemokratische Sozialpolitik übergehend, weist er auf jene Verordnung des preußischen Handelsministers Siering (SPD.) hin, durch die den Gemeinden verboten wurde, den bei sogenannten kleinen Notstandsarbeiten beschäftigten Erwerbslosen den ortsüblichen Tagelohn zu bezahlen.

Tarifverträge und Schlichtungswesen

Auch dazu sprach

Genosse Rädel.

Er kennzeichnet die Schlichtungsmethoden der Sozialdemokraten Wissel und Mehlich, die in ihrer Spruchpraxis die Deutschnationalen übertoppen haben. Sodann wendet er sich dem Gebiet der Betriebsräte zu und zeigt, was es mit der „Betriebsdemokratie" in Wirklichkeit auf sich hat. Er führt aus: Wie die Zustände in den Betrieben jetzt sind, muß man sagen, daß es keinen einzigen Betrieb in Deutschland gibt, bei dem die Betriebsräte in der Behandlung der Betriebsrätefragen irgend etwas mitzureden haben. Die Unternehmer, das ist die Norm, entlassen einfach die von den Arbeitern nominierten Kandidaten und setzen sie auf die Straße. Eine Gegenwehr ist aussichtslos, wenn anders nicht dieser betreffende Betrieb, der seine Rechte aus dem Betriebsrätegesetz geltend macht, sich die Polizei auf den Hals jagen will. — Im Jahre 1918 kam eine Verordnung der sogenannten Volksbeauftragten heraus, durch die die sogenanten schwarzen Listen verboten wurden. Diese Verordnung ist niemals irgendwie ernst genommen worden" von den Unternehmern. Heute ist es eine Tatsache, daß dieses System der schwarzen Listen viel schlimmer grassiert als vor dem Kriege. Wir haben Berge von Beweisen dafür. So etwas nennt man in Deutschland Betriebsdemokratie und Arbeiterrechte. Die Arbeiter wissen diese gebührend zu „schätzen".

★

Wohnungsfragen

Hierzu spricht in den Verhandlungen am 10. Februar Genosse Eichhorn. Er fordert die Regierung nachträglich auf, endlich Farbe zu bekennen, wohin der Weg gehen soll. Die Regierung, das sei beschlossene Sache, wolle die Zwangswirtschaft aufheben. Die Kommunisten fordern nicht Abbau, sondern Ausbau der Wohnungs-Zwangswirtschaft und der Mieterschutzgesetzgebung. Wenn das Reichsmietengesetz aufgehoben würde, trete schrankenloser Mietwucher ein. Im weiteren wendet sich Genosse Eichhorn gegen die Mietsteuer. Die kommunistische Fraktion hat die Aufhebung der Mietsteuer beantragt. Die dritte Steuernotverordnung verpflichtet die Länder, nur zehn Prozent des Steuerbetrages für Wohnungsbauten auszugeben. Solange die Mietsteuer noch besteht, muß der Ertrag wenigstens restlos für Wohnungsbauten verwendet werden.

Das Wohnungselend ist erschreckend. Und Genosse Eichhorn schildert aus Bayern, Oberschlesien, Berlin, Ruhrgebiet, Schleswig-Holstein eine Reihe kleiner Fälle von Wohnungsnot. In einem bayrischen Industrieort mußte eine Frau in Gegenwart einer zahlreichen Schar kleiner Kinder entbinden, da die Familie nur eine Stube zur Verfügung hat. Eine andere Frau mit starker Familie, ging, um dies zu vermeiden, in den Stall zur Entbindung.

Diese skandalösen Zustände, die nicht vereinzelt dastehen, die tausendfältig in allen Teilen des Reiches vorkommen, müssen sofort abgestellt werden. Man wende nicht ein, es sei kein Geld vorhanden. Wenn ein Beamter des Arbeitsministeriums 10 Millionen, die für Wohnungsbau bestimmt sind, an eine Filmgesellschaft verschieben kann, wenn Milliarden an die Ruhrkapitalisten verschoben werden, dann muß erst recht Geld dazu da sein, das Wohnungselend zu lindern. Es werde nicht anders werden, bis die Arbeitermassen zur Selbsthilfe greifen.

Justizdebatte im Haushaltsausschuß

Im Haushaltsausschuß wurde am Montag und Dienstag die Debatte über die Rede des Justizministers und über den Justizetat verhandelt. Von der kommunistischen Fraktion spricht als Referent

der Genosse Korsch,

der früher in Jena Professor der juristischen Fakultät war. Der Genosse Korsch führt aus: Der Justizminister habe sich im Grunde nur für die Standesfragen der Juristenschaft interessiert gezeigt und habe sich darum für die Beibehaltung der überlangen Gerichtsferien und für die Beseitigung der Ueberlassung der Gerichte mit Wärme eingesetzt. Für die dringendsten Reformfragen fehlt ihm das Verständnis, z. B. für die Abschaffung der mörderischen Paragraphen 218 und 219. Der ganze Sinn seiner Ausführungen wäre gewesen, man müsse nun endlich die Richter mit Reformen in Ruhe lassen. Er habe also ganz vergessen, daß die Gesetze für das Volk und nicht für die Richter gemacht sind. In der neudeutschen Republik freilich könne von einer Volksjustiz gar nicht die Rede sein, sondern nur von einer Justiz gegen das Volk, einer Klassenjustiz also. Die deutsche Rechtspflege sei in den letzten Jahren als Instrument zur Bekämpfung und Unterdrückung der Arbeiterklasse unförmlich angeschwollen, so daß man geradezu von einer „Inflation der Rechtspflege" sprechen könne. Das zeige sich auch in den vorgelegten Etats, wo alle Ausgaben gegenüber 1914 um ein Vielfaches vermehrt seien, und auch der Etat für 1925 noch eine erhebliche Vermehrung gegenüber 1924 zeige. Das sei besonders bei den außerordentlichen Gerichten, und speziell bei dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik der Fall. Für dieses ausgesprochene Klassengericht, diese deutsche Tscheka zur Bekämpfung politisch mißliebiger und verdächtiger Elemente, seien im neuen Etat doppelt so hohe Ausgaben eingesetzt wie noch im Vorjahre. Die Kommunisten beantragen die Streichung all dieser Summen, die Beseitigung des Staatsgerichtshofes und aller übrigen Ausnahmegerichte, die schleunige Amnestierung aller Opfer dieser Inflationsjustiz und ebenso die Amnestierung für die vielen politischen Gefangenen, die in den letzten Jahren wegen politischer und sogenannter gemeiner Verbrechen von den ordentlichen Klassengerichten verurteilt worden wären. Es sei ein Skandal, daß der Staatssekretär Zweiger in einer Sitzung des Rechtsausschusses des letzten Reichstages habe zugeben müssen, daß von einer Regierungsstelle Anweisungen zur Verhängung schwerer Zuchthausstrafen gegen „kommunistische Elemente" ausgegeben wären. Der ganze Justizetat und alle hier abgegebenen Regierungserklärungen enthüllten in ihrer ganzen Scheußlichkeit die Fratze der neudeutschen Klassenjustiz.

Preußischer Landtag

Alle kommunistischen Anträge auf Sicherung der proletarischen Existenz abgewürgt — Die Wahl Marx wichtiger

Bevor die Wahl des schwarzrotgoldenen Ministerpräsidenten Marx getätigt wird, beantragt Genosse Pieck den kommunistischen Urantrag auf die Tagesordnung zu setzen, der

am 1. März 1925 die Wiedereinführung der siebenstündigen Arbeitszeit für Unter-Tage-Arbeiter und die achtstündige Arbeitszeit für Ueber-Tage-Arbeiter auf allen preußischen Staatsgruben oder vom Staat beherrschten Aktiengesellschaften

verlangt. Weiter die Uranträge der Kommunisten, die

ab 1. Januar 1925 eine 40prozentige Lohnerhöhung für alle Arbeiter, Angestellten der Staatsbetriebe

fordern, weiter für alle im Staatsdienst Beschäftigten einen

Erholungsurlaub von vier Wochen

zu gewähren, dann die Abänderung der Besoldungsordnung dergestalt, daß die 13 Besoldungsgruppen und die Einzelgehälter zu fünf Besoldungsgruppen zusammengezogen werden, unter

Erhöhung der unteren Gehälter auf ausreichendes Existenzminimum und Herabsetzung der höchsten Gehälter.

Dazu weiter den kommunistischen Urantrag auf Auflösung des Landtages und Neuwahlen und schließlich den kommunistischen Urantrag, der die Mißbilligung des dem Reichspräsidenten Ebert von der preußischen Regierung ausgesprochenen Vertrauens fordert.

Alle vorstehenden Anträge wurden durch Widerspruch, teils aus dem Lager der Schwarzrotgoldenen, teils aus dem schwarzweißroten Lager abgewürgt. Die ganze Bande, ob sie nun schwarzweißrot oder schwarzrotgold angepinselt ist, hat Wichtigeres zu tun, als die sieben- bezw. achtstündige Arbeitszeit wieder einzuführen oder den Arbeitern, Angestellten und Beamten ein ausreichendes Existenzminimum zu geben. Sie müssen ja heute, nachdem sich der Sozialdemokrat Braun mit seinen Schiebungen festgeschoben hatte, einen neuen Präsidenten wählen — und die Schwarzrotgoldenen haben sich bereits geeinigt auf den bekannten Zentrumsmann Dr. Marx. Er ist auch mit 223 Stimmen zum preußischen Ministerpräsidenten gewählt worden.

Da bekanntlich sich auch Preußen mit partikularistischen Gründen an die Seite Bayerns gestellt hat bei der Abwürgung einer Reichsamnestie im Rechtsausschuß des Reichstags, brachte die Preußische Landtagsfraktion folgenden Antrag ein:

Urantrag

Pieck und Genossen.

In Anbetracht dessen, daß dem Reiche auf dem Gebiete der Amnestiegesetzgebung ein uneingeschränktes Recht zusteht und daß dieses Recht der Justizhoheit der einzelnen Gliedstaaten nicht entgegensteht, erwartet der Landtag, daß der Reichstag, entgegen den im Rechtsausschuß des Reichstages von den Regierungen einzelner Gliedstaaten vorgebrachten Einwendungen gegen die verfassungsmäßige Zulässigkeit einer Reichsamnestie, sich nicht beirren lassen wird, dieses Recht wie bisher auszuüben und sofort eine Reichsamnestie erlassen wird.

Berlin, den 10. Februar 1925.

Der neue Luther

schlägt die Thesen an das Dawes-Parlament

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250211-19/fragment/page=0002

Der Parteitag in Grenoble

Die französischen Sozialdemokraten konferieren ohne „die Internationale"

Der Parteitag der französischen Sozialdemokratie in Grenoble ist vollkommen charakterisiert durch seine Einleitung. **Während man früher die Parteitage begann mit dem Gesang der „Internationale", setzte man diesmal diese Gewohnheit aus mit der Begründung, daß die „Internationale" das Lied der Kommunisten geworden sei.** Nach einigen Besprechungen interner Art begann am Montag, dem 9. Februar, die Aussprache **über die allgemeine Politik**, in der sich die französischen Sozialdemokraten hauptsächlich mit der Frage der Unterstützung der Herriot-Regierung befaßten. Goutenot de Tourry übte eine scharfe Kritik an der Außenpolitik des Linkskartells, die nach seiner Auffassung nicht nur eine Fortsetzung, sondern sogar **eine Vertiefung der Politik Poincarés darstelle** (auch ein schöner Beweis für die Theorie der 2. Internationale, daß durch die Herriot-Regierung die Aera des Pazifismus hereingebrochen sei). Er verurteilte vor allem die Zustimmung des öffentlichen Anschlags der letzten Rede Herriots. Sein Gegenstück war der Delegierte des Rhone-Departements, der eine **lange Lobrede auf die Unterstützungspolitik** gegenüber der Regierung Herriot hielt. Er verstieg sich so weit, vorzuschlagen, **Glückwünsche an die Regierung zu richten.** Die meisten Redner stimmten dafür, die Unterstützungspolitik der Herriot-Regierung weiterzuführen. Doch sind die Gegensätze überaus stark. Während der ehemalige Eisenbahner Le Guenni; pathetisch ausrief: **Nicht durch Straßendemonstrationen und durch Bürgerkrieg werde man die sozialistische Welt aufbauen** (wie man die kapitalistische beseitigt, davon wußte der betreffende Herr nichts zu sagen), forderte der Delegierte aus dem Departement Ile-et-Vilaine eine aktive Politik für die Arbeiterklasse, für die bis jetzt nichts getan sei.

Nach dem Bericht des Parteisekretärs soll die Partei seit dem letzten Kongreß angeblich 10 000 Mitglieder gewonnen haben. Wie es mit dem hohen Mitgliederstand in Wirklichkeit aussehen muß, beweist die Tatsache, daß die Partei unfähig ist, **auch nur eine einzige Tageszeitung** zu erhalten. Ueber die Herausgabe einer solchen wurde viel gesprochen, und ein naiver **Provinzdelegierter** (der nicht wußte, daß man auch auf sozialdemokratischen Parteitagen nicht die volle Wahrheit sagen dürfe), schlug der Politik seiner Partei entsprechend, ganz konsequent vor, man möge doch zur **Finanzierung der Tageszeitung von der Regierung einen Kredit anfordern.** Natürlich fehlte auch der russische Menschewist nicht, der sich in Sowjethetze heiser schrie.

Hilferding, der Weitgereiste, durfte natürlich nicht am französischen Parteitag fehlen. Er prahlte mit den Erfolgen der SPD., sprach über brüderliche Zusammenarbeit zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien und ersuchte seine französischen Gesinnungsgenossen, der konservativen Regierung in Deutschland keine Konzessionen zu machen, weil dies das Ansehen der SPD. in Deutschland schmälern würde.

(Eig. Drahtm.) **Paris**, 11. Februar.

Auf dem Pariser Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Frankreichs in Grenoble hielt Leon Blum eine Rede, in der er die weitere Unterstützung für das Herriot-Kabinett fordert und feststellt, daß die Opposition überhaupt noch keine systematische Opposition getrieben habe. Der linke Flügel fordert, daß man Herriot nur bedingt unterstütze.

Ein Vertrag der Balkanstaaten gegen Sowjet-Rußland

Die Sowjetpresse veröffentlicht die Meldung der türkischen Zeitung „Tetokfd Ewtiar", wonach zwischen Bulgarien, Jugoslawien und Rumänien ein Bündnisvertrag abgeschlossen wurde. Die Hauptpunkte des Vertrages lauten: 1. Bulgarien verzichtet auf das Recht auf Mazedonien zugunsten Jugoslawiens, 2. Bulgarien verbietet die mazedonische Bewegung auf bulgarischem Gebiet, 3. Bulgarien unterstützt Jugoslawiens Ansprüche auf Saloniki, 4. Jugoslawien unterstützt die Ansprüche Bulgariens auf Westthrazien, den Hafen Dedegatsch und auf die türkische Linie Enos—Tsorli—Midia, 5. Bulgarien verzichtet auf die Dobrudscha, 6. Bulgarien und Jugoslawien unterstützen Rumäniens Anspruch auf Bessarabien sowie seine Forderung, die russische Flotte nicht die Meerengen passieren zu lassen, 7. Rumänien protestiert im Namen der Verbündeten gegen die Rückgabe der Wrangel-Flotte an Sowjet-Rußland, 8. Rumänien unterstützt Bulgariens Anspruch auf West- und Ostthrazien.

Die Zeitung erfährt, daß der neue Bündnisvertrag durch England ins Leben gerufen wurde und daß England die Absicht hat, in Rumänien wie in Dedegatsch je einen Kriegshafen auszubauen.

Die Sowjetpresse widmet der Meldung der türkischen Zeitung die größte Aufmerksamkeit. Steklow schreibt in der „Iswestija": „Es ist schwer zu sagen, wie weit die Meldung genau ist, doch müssen wir nach allem, was wir über die letzten Handlungen der genannten Regierungen wissen, annehmen, daß für die Richtigkeit der Information der türkischen Zeitung eine sehr große Wahrscheinlichkeit besteht. Wir wissen, daß die gegenwärtige englische Regierung auf der ganzen Erdoberfläche den Angriff gegen uns vorbereitet."

Bucharin macht in der „Prawda" auf die rumänischen Anleiheverhandlungen in London aufmerksam. Die rumänische Nationalbank soll eine Anleihe in der Höhe von 200 Millionen Goldrubel erhalten. Ueber die Verwendung dieser Anleihe kann man sich entsprechende Begriffe bilden, wenn man in Betracht zieht, daß gleichzeitig Verhandlungen mit der Munitionsfirma Wickers & Co. über die Gründung einer neuen großen Munitionsfabrik in Rumänien geführt werden.

*

WTB. Prag, 9. Februar. Die Zusammenkunft der Außenminister der Kleinen Entente finden voraussichtlich in der zweiten Hälfte des März statt. Vorher reist Dr. Benesch zur Sitzung des Völkerbundsrates nach Genf.

Man weiß, wozu diese Zusammenkunft!

So sieht'se aus!

Leipzig, 11. Februar.

Nach langem Bemühen ist es der Berliner politischen Polizei gelungen, das tatsächliche Vorhandensein der kommunistischen Tscheka festzustellen, deren Abbildung wir hier auf fernphotographischem Wege unseren Lesern übermitteln können.

„Demokratie" in Jugoslawien

Genau so wie in der Ebert-Republik

(Eig. Drahtm.) **Belgrad, 11. Februar.**

Raditsch und die anderen verhafteten Führer der Kroatischen Bauernpartei, die gewählt sind und damit die Immunität gewinnen, wurden auf Beschluß der Regierung weiter in Haft behalten, trotzdem das Gesetz ihre Entlassung vorschreibt.

*

(Imprekorr.) **Moskau**, 10. Februar.

Der kommunistische Abgeordnete des englischen Unterhauses, Genosse Saklatvala, richtete an die Bauern-Internationale folgendes Telegramm:

„Im Namen der englischen Internationalisten und von 200 Millionen indischer Bauern brandmarken wir die gemeine Politik der jugoslawischen Regierung gegen Raditsch und die Kroatische Bauernpartei. Der weiße Terror empört uns aufs tiefste."

An den jugoslawischen Ministerpräsidenten Paschitsch richtete Genosse Saklatvala folgendes Telegramm:

„Die Verfolgung der Raditsch-Partei und der Terror diskreditieren ihr Land vor der britischen Arbeiterschaft. Dies wird die ernstesten Folgen haben."

Gleichzeitig richtete Genosse Saklatvala einen Brief an Paschitsch, worin er ihm zur Kenntnis bringt, daß er im Unterhause die Frage der Unterstützung des Paschitsch-Regimes durch die englische Regierung aufzuwerfen beabsichtigt.

Blutbad der Prager Polizei gegen Kommunisten

(Eig. Drahtm.) **Reichenberg, 10. Februar.**

In Prag fand heute eine Massenversammlung der Arbeiter gegen die Teuerung statt. Nach Schluß der Versammlung, als die Arbeiter nach Hause gehen wollten, wurden sie von der Polizei aufgehalten. Die Polizei schoß in die Menge. Drei Arbeiter wurden getötet, neun schwer verletzt.

Sinowjew über die internationale und innere Lage der Sowjetunion

(Inprekorr.-Telegramm.) **Moskau**, 9. Februar.

In einer großen Rede auf der Leningrader Parteikonferenz behandelte Sinowjew die **innere** und die **internationale Lage der Sowjetunion**, die Aufgaben der KPR und die Lage der internationalen Arbeiterbewegung. Sinowjew wies auf die bedeutenden Wirtschaftserfolge der Sowjetunion hin. Die

Finanzreform,

deren Erfolg Lenin für eine Voraussetzung des Sieges hielt, ist vollkommen gelungen. In den Zentralgebieten der Ukraine erreichte die **Landwirtschaft das Vorkriegsniveau.** Nach Wiederaufbau der leichten Industrie schreitet die Sowjetmacht zur **Wiederherstellung der Schwerindustrie.** Das Plenum des ZK. hat beschlossen, **die Metallindustrie** in diesem Jahre, im Vergleich zum Vorjahre, nicht nur um 40 Prozent, wie ursprünglich geplant, sondern **um 55 Prozent zu erweitern** und an den Neubau von Metallwerken im Ural heranzutreten.

Der Staatshaushalt gibt zum erstenmal einen Ueberschuß.

Doch die Wirtschaftserfolge der Sowjetunion bergen beim steten Steigen der Kräfte der KJ. gleichzeitig **neue internationale Komplikationen** in sich. Die ökonomische Erstarkung der Sowjetunion, welche die letzte Hoffnung der kapitalistischen Welt auf einen Zusammenbruch der Sowjetunion endgültig zerstört, stellt den abenteuerlichen Flügel des Imperialismus vor die Versuchung, die Arbeiter- und Bauernrepubliken nochmals anzugreifen. Die Kapitalisten verstehen, daß die Erstarkung der Sowjetwirtschaft in wenigen Jahren zu einem **mächtigen Faktor des Kommunismus** werden wird, wie sie das niemals ahnen konnten. Die KJ. kann gegenwärtig der internationalen Arbeiterschaft solche unwiderlegbaren Argumente, wie das **Wachsen der Industrie und der Löhne in der Sowjetunion**, vorlegen, die für die Kapitalisten die gefährlichsten Argumente sind. Gleichzeitig vergrößert das Wachsen der Kräfte der KJ. die Gefahr eines imperialistischen Angriffs, welcher zu 50 Prozent gegen die wirtschaftlichen Erfolge der Sowjetunion und zu 50 Prozent gegen die KJ., d. h. gegen die revolutionären Kräfte im eigenen Lande gerichtet wird.

Der Einfluß der KJ. steigt in der letzten Zeit gerade in den sogenannten Siegerstaaten.

In **Frankreich** ist die KP eine wahre bolschewistische Massenpartei geworden, welche der Bourgeoisie Schrecken einjagt, wofür die Jaurès-Demonstration einleuchtend genug ist.

In **England**, wo die extremsten Imperialisten zur Macht gelangt sind und alle möglichen Ueberraschungen bereiten können, erstarkt der linke Flügel der Labour-Party, welche in dem nicht unwahrscheinlichen Fall, daß sie neu zur Macht gelangt, nicht wieder zu erkennen sein wird. Zahlreiche Führer des linken Flügels der englischen Arbeiterpartei setzen sich für ein wahres Bündnis mit der Arbeiterschaft der Sowjetunion ein. Die populärsten, meistbesuchtesten Meetings in England sind gegenwärtig die kommunistischen.

Das Erstarken der Reaktion in **Deutschland** schafft dort eine unzuträgliche Situation.

Auf dem Balkan, im Südosten Europas, wächst die Bauernbewegung und verschärfen sich drei Voraussetzungen einer revolutionären Entwicklung: **die Unzufriedenheit der Bauernschaft, die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft, die nationale Unzufriedenheit.**

Das

Wachsen der kommunistischen Kräfte, bei gleichzeitigem starken der Sowjetunion,

macht die Gefahr eines **neuen, imperialistischen Feldzuges** [illegible] **Sowjetunion** immer greifbarer. Der Balkan und die R[illegible] die ententefreundlichen Elemente der deutschen Reak[illegible] zum Werkzeug des Imperialismus gegen die Sowjetun[illegible] Die Sowjetunion und die internationale Arbeiterschaft [illegible] diese Möglichkeit gefaßt sein.

Auf die

innenpolitische Lage der Sowjetunion

übergehend, betont Sinowjew, daß die heutige Losung der [illegible] „Gesicht dem Dorfe zuwenden!" ebenso wie das Steigen der p[illegible]schen Aktivität der Bauernschaft aus dieser internationalen [illegible] hervorgeht.

Der Ausgang des neuen Kampfes, welchen der Imperialism[illegible] den Sowjetrepubliken aufzwingen kann, hängt von vielen Momenten ab: 1. Inwiefern das Wirtschafts- und Kulturniveau der Sowjetunion gehoben sein wird; 2. inwiefern die Arbeiterklasse als die Verbündete der Sowjetunion in den Staaten der kapitalistischen Feinde stark sein wird; 3. wie weit die Revolution der Orientvölker fortgeschritten sein wird; 4. wie stark das Bündnis der Arbeiter und Bauern sein wird.

„Gesicht dem Dorfe zuwenden!" ist nicht nur eine Losung, sondern **das ganze Programm der leninistischen Politik.** Der wirtschaftliche Aufschwung, der der Arbeiterschaft der Sowjetunion Nützen gebracht hat, muß auch dem Dorfe Vorteile bringen. Die politische Stärke der Arbeiterschaft und die Sympathien der werktätigen Bauernschaft zu ihr, sind zu groß, als daß die Erstarkung der Großbauernschaft befürchtet werden könnte. Die Arbeiterschaft und ihre kommunistische Avantgarde müssen ihr Gesicht dem Dorfe in einer Weise zuwenden, daß die Bauernschaft zum endgültigen Bewußtsein gelange, daß

die proletarische Diktatur die vorteilhafteste Macht für die Bauernschaft

ist.

Diese Aufgabe existiert auch in internationalem Maßstabe. Die leitende Rolle der KP. im Dorfe darf dabei in keiner Weise beeinträchtigt werden.

Auf die Frage des

Trotzkismus

übergehend, erklärte Sinowjew, daß **die kleinbürgerlichen Elemente** sich wenig für die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten interessierten, **aber für den Trotzkismus Stellung nehmen, weil dieser eine Verminderung des Einflusses der Partei auf den Staatsapparat bedeute.** Trotzki, der fünfzehn Jahre lang nicht Bolschewist gewesen, der sich nachher bemühte, es zu werden, aber nicht immer Bolschewik werden konnte, ist nunmehr Antibolschewik geworden und erstrebt einen ideologischen Aufstand gegen den Bolschewismus und gegen den Leninismus.

Sinowjew schließt seine Rede: Es sind drei neue Sicherungen notwendig: **1. Neue Sicherung der proletarischen Diktatur selbst, bei der gegenwärtigen internationalen Lage; 2. neue Sicherung des Bündnisses des Arbeiter- und Bauernbündnisses und dessen praktische Durchführung; 3. neue Sicherung der führenden Rolle der KP., was gleichbedeutend ist mit der Hegemonie des Proletariats in der Revolution.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250211-19/fragment/page=0003

Was ist illegales Arbeiten der Zelle?

Der Haß der Kapitalisten beweist uns, daß die Umstellung der Partei auf die Grundlage der Betriebszellen richtig ist. Deshalb darf keine Verzögerung in dem Aufbau der Betriebszellen und der Umstellung der Partei eintreten. Aber der Schachzug der Kapitalistenklasse erfordert, daß wir eine offene Arbeit der Zellen heute meiden, die Betriebszelle als eine geschlossene Organisation betrachten und uns darauf einstellen.

Ein offenes Auftreten der Zellenmitglieder zieht ja nur die Folgen nach sich, daß bei der ersten besten Gelegenheit die Zellenmitglieder, und besonders die Funktionäre der Zelle, hinausgeworfen werden.

Wir müssen aber den Kontakt mit den Massen unbedingt aufrechterhalten.

Besonders die führenden Zellenfunktionäre, und in erster Linie der Obmann, der Leiter der Betriebszeitung und der Literaturobmann, müssen sich konspirativ verhalten. Wir müssen zweckentsprechende neue Methoden unserer Arbeit lernen. **Einladungen zu Zellensitzungen dürfen nicht durch die Zeitung erfolgen.** Der Zellenvorstand muß aus den zuverlässigsten und energischsten Genossen gebildet werden.

Allerdings, wenn wir von einer Geschlossenheit der Zelle gesprochen haben, so bedeutet dies nur, sich auf die Geschlossenheit der Kapitalisten und ihren Helfershelfern gegenüber bezieht. Nie darf die Geschlossenheit der Zellen eine Abtrennung von den Massen bedeuten.

Im Gegenteil: Die Beeinflussung der Massen, der Kontakt mit ihnen, muß ein ständiger sein. Die Beeinflussung der Massen wird mit allen Mitteln betrieben. Zu diesem Zwecke werden u. a. die kommunistischen Fraktionen der Betriebsräte, der Gewerkschaften, die Zellenzeitungen, usw. benützt. Keine einzige Gelegenheit darf unterlassen werden, die die Beeinflussung der Massen ermöglicht.

Wo es notwendig ist, daß die Zelle gewisse Parolen ausgibt, Aktionen organisiert oder die Bewegung der Massen führen soll, müssen ein oder mehrere Genossen von der Zelle beauftragt werden, dies zu tun. **Die Zelle in ihrem Ganzen aber bleibt den feindlichen Elementen gegenüber verhüllt.** Der Auftrag der Zelle kann aber nicht immer durch ein Mitglied der Zelle ausgeführt werden. Deshalb müssen die Betriebszellen oft mit guten, der Partei nahestehenden parteilosen Arbeitern zusammenwirken, um ihr Ziel zu erreichen. Wenn eine Parole, die die Betriebszelle ausgibt, richtig ist, wenn die Maßnahmen, die die Betriebszelle vorschlägt, den Umständen richtig entspricht, so wird die Zelle immer imstande sein, die Massen zu sammeln und in Bewegung zu setzen. Das Ziel wird also erreicht, ohne daß die Geschlossenheit der Zelle darunter leiden würde. Die geschlossenen Betriebszellen sind nicht nur eine Gegenwehr gegen die wirtschaftlichen Kampfmittel der Kapitalisten, sondern auch eine sichere Basis zum Uebergang in die Illegalität, wenn die politischen Verhältnisse sie der Partei aufzwingen sollte. Es ist daher notwendig, daß alle in der Betriebszellenarbeit gemachten Erfahrungen das Gemeingut der ganzen Partei werden.

Wir fordern deswegen alle Genossen in den Betrieben auf, ihre beim Ausbau der Zelle, der Betriebskassierung, der Herstellung und Verbreitung der Zellenzeitung, den Literaturvertrieb usw. gemachten Erfahrungen und Vorschläge an dieser Stelle zur Diskussion zu stellen.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr 14 Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Achtung, Distriktsführer, Betriebszellenobleute und Betriebsvertrauensleute. Am Donnerstag abend 6 Uhr im Parteibureau: Abholung des wichtigen Krankenkassen-Flugblattmaterials.

Ortsleitungssitzung Donnerstag abend 7 Uhr.

Distriktsleitungen. Donnerstag abend pünktlich 8 Uhr in der „Produktiv": **Wichtige Sitzung.** Erscheinen aller Distriktsleiter sowie Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Diskrit 13a. Mittwoch, 11. Februar, abends ½8 Uhr, treffen sich alle Funktionäre im Distriktslokal.

Diskrit 18. Freitag, 13. Februar, abends 8 Uhr, im „Volkspark": **Distriktsversammlung.** Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt Pflicht.

Dieskorf. Distriktsversammlung Mittwoch, 11. Februar, 8 Uhr, im „Dreierhaus".

Radewell. Distriktsversammlung Mittwoch, 11. Februar, abds. 8 Uhr, bei Lindner.

Die zuständigen Zeitungsträger haben unbedingt zu erscheinen in ihren Distriktsversammlungen.

Nietleben. Oeffentliche Volksversammlung Donnerstag, 12. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne".

Ammendorf. Erweiterte Vorstandssitzung Donnerstag, 12. Februar, abends 8 Uhr, im „Elsterthal".

Ammendorf. Distriktsversammlung Sonnabend, 14. Februar, 8 Uhr, „Elsterthal".

Beesen. Distriktsversammlung Sonnabend, 14. Februar, 8 Uhr, in der „Quelle". Die zuständigen Zeitungsträger müssen unbedingt erscheinen.

Unterbezirk Mansfeld

Wolfrdt. Oeffentl. Volksversammlung Freitag, 13. Febr., 8 Uhr, Lokal Deutsch.

Eisleben. Oeffentl. Volksversamml. Sonntag, 15. Febr., 8 Uhr, „Schwarzen Roß".

Kreis Merseburg

Querfurt. Oeffentl. Volksversammlung Freitag, 13. Februar, 8 Uhr, „Zur Sonne".

Frankleben. Oeffentl. Volksversammlung Freitag, 13. Februar, 8 Uhr, Gasthof.

Merseburg. Oeffentl. Volksversammlung Freitag, 13. Februar, 8 Uhr, „Funkenburg".

Kötzschen-Beuna. Oeffentl. Volksversamml. Sonnabend, 14. Febr., 8 Uhr, b. Zeisig.

Ruschwitz. Oeffentl. Volksversammlung Sonntag, 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, in Löbchers im Hotel Zeuse.

Kreis Delitzsch

Delitzsch. Partei-Funktionärsitzung am Freitag, 13. Februar, abends 7½ Uhr, im „Lindenhof". Sämtliche Funktionäre müssen unbedingt erscheinen.

Kreis Sangerhausen

Artern. Oeffentl. Volksversammlung Freitag, 13. Februar, 8 Uhr, Goethe-Haus.

Roßla. Oeffentl. Volksversammlung Freitag, 13. Februar, 8 Uhr, „Sängerhalle".

Sangerhausen. Oeffentl. Volksversammlung Sonnabend, 14. Febr., 8 Uhr, „Herrenkrug".

Unterbezirk Wittenberg-Bitterfeld

Wittenberg. Frauen-Mitgliederversammlung am Donnerstag, 12. Februar, abends 8 Uhr, bei Freudenberg. Alle Genossen müssen erscheinen, auch mit uns Sympathisierende sind hierzu eingeladen.

Zörbig. Mitgliederversammlung Mittwoch, 11. Februar, abends 8 Uhr, Gasthof.

Bitterfeld. Oeffentliche Volksversammlung Mittwoch, 11. Februar, 8 Uhr, Gasthof.

Roßlau. Mitgliederversammlung Donnerstag 12. Februar, abends 8 Uhr, Gasthof.

Pouch. Mitgliederversammlung Freitag, 13. Februar, abends 8 Uhr, Gasthof.

Thalheim. Mitgliederversammlung Sonnabend, 14. Februar, abends 8 Uhr, Gasthof.

Gröbers. Oeffentl. Volksversammlung Sonnabend, 14. Februar, 8 Uhr, Gasthof.

Kreis Zeitz

Zeitz. Mitgliederversammlung Freitag, 13. Februar, 8 Uhr, Schuhmacherherberge.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Elsterwerda. Vorstandssitzung Freitag, 13. Februar, 8 Uhr, im „Guten Hoppen".

Elsterwerda. Generalversammlung Sonnabend, 14. Febr., 8 Uhr, „Guten Hoppen".

Kreis Naumburg

Nebra. Oeffentl. Volksversammlung Sonnabend, 14. Febr., 8 Uhr, „Schützenhaus".

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

erscheine für Bitterfeld und zum Preise für 1,20 Mark bei den Bezirksführern erhältlich.

Jahresabteilung. Mittwoch, 11. Februar, 8 Uhr: **Versammlung.** Treffpunkt an der „Produktivgenossenschaft".

Kreis Sangerhausen

Artern. Sonnabend, 14. Februar, abends 8 Uhr, im Goethehaus: **Vollversammlung.**

Kreis Bitterfeld

Mittwoch, 11. Februar, abends ½7 Uhr, Zusammenkunft des gesamten Unterbezirks. Jede Ortsgruppe wird verpflichtet, geschlossen zur Amnestiesammlung in Bitterfeld zu erscheinen. Sammelpunkt: „Bürgergarten".

Bitterfeld. Mittwoch, 11. Februar, ½7 Uhr, müssen sämtliche Kameraden im „Bürgergarten" sein.

Gräfenhainichen. Freitag, 13. Februar, abends 8 Uhr, im Parteilokal **Werbeversammlung.** Die Ortschaften Schmiedeberg, Gröbern sind hierzu eingeladen. Sämtliche Kameraden und Sympathisierende sind eingeladen.

Friedersdorf. Sonnabend, 14. Februar, abends ½8 Uhr: **Mitgliederversammlung.** Jeder Kamerad hat zu erscheinen. Neuaufnahmen können derselbst gemacht werden.

Kreis Wittenberg

Pretzsch. Donnerstag, 12. Februar, abends 7 Uhr, im „Schützenhaus": **Sehr wichtige Mitgliederversammlung.** Erscheinen ist Pflicht.

Kreis Naumburg

Naumburg. Mittwoch, 11. Februar, abends 8 Uhr, im „Hahn": **Vollversammlung.**

Kreis Zeitz

Zeitz. Alle Ortsgruppen erscheinen Sonntag, 15. Februar, nachm. 2 Uhr, in Zeitz, Schützenplatz (Treffpunkt). Beteiligung ist Pflicht.

FEBRUAR

1925 — 28 Tage — 1925

Februar: S M D M D F S — 1 2 3 4 5 6 7 / 8 9 10 11 12 13 14 / 15 16 17 18 19 20 21 / 22 23 24 25 26 27 28

12

Februar: S M D M D F S — 1 2 3 4 5 6 7 / 8 9 10 11 12 13 14 / 15 16 17 18 19 20 21 / 22 23 24 25 26 27 28

DONNERSTAG

Première
„Das große, weiße Schweigen"
Kapitän Scott's Todesfahrt
zum Südpol
C.T. am Riebeckplatz

DONNERSTAG, 12. FEBRUAR

217 **Ferner in beiden Theatern**
C.T. Am Riebeckplatz
C.T. Gr. Ulrichstraße 51
Der plastische Farbenfilm!
Mensch oder Illusion?

Döschwitz
Sonnabend, den 14. Februar und Sonntag, den 15. Februar:
Gr. Bockbier-Rummel
Bedienung aus zarter Hand
Musikalische Unterhaltung
Hierzu ladet ergebenst ein
76 **Artur Müller**

Das 1000fach erprobte Zahnschmerzmittel „Verit" ist in allen Apotheken zu haben. Hersteller: **Pharm. Laboratorium „Verit" Halle a. d. S.,** Schmeerstr. 19

Zeitungsträger
für **Petersroda** bei Bitterfeld **gesucht**
Zu melden beim **Verlag „Klassenkampf",** Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14

Stadt-Theater
Heute, Mittwoch 7½ Uhr
Zar und Zimmermann
Zar: Böhmer 213
Peter Zwanoff: Erich Zimmermann a. G., vom Stadt-Theater Leipzig
Donnerstag 7½ Uhr
Wer weint um Jackenak?
Freitag 7½ Uhr
Der verlorene Sohn

Trauring-Ecke.
Massiv goldene
Trauringe
In denkbar 47 größter Auswahl das Stck. 4 – 40 M.
Zuweilen Tittel
Trauringecke Schmeerstraße 12

Zur Anfertigung feiner Herrengarderobe und Damenkostüme nach Maß empf. sich
Otto Bartelt
Dreyhauptstraße 7

Weißenfels
An den drei Wegen
Donnerstag, den 12. Februar:
5 Uhr Lachfest
wozu freundlichst einladet 75
Fritz Plannenschmidt

Jugendschriften
empfiehlt
Volksbuchhdlg.

Konsum- u. Produktiv-Verein Zeitz
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Unsere
Waren-Ausstellung
im 77
Verwaltungsgebäude Zeitz
Auestraße 16
währt noch
bis Sonntag, den 15. Februar
Wir laden hiermit unsere werten Mitglieder zum Besuche derselben ein
Geöffnet ist die Ausstellung an Wochentagen von mittags 12 bis abends 7 Uhr
Sonntags von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr
Sonntags findet Besichtigung des Gesamtbetriebes statt
Der Vorstand

Größte Auswahl
Billigste Preise
Beste Fabrikate
Ständige Neuheiten
in
Kinderwagen, Klappwagen
Stubenwagen, Kinderbetten
Kinderstühle und Tische
Schutzgitter
Zahlungserleichterungen!
Kinderwagenhaus
Bruno Paris
3 Brüderstraße 3
1 Minute vom Markt
912

Zahnpraxis Zimmermann
Riebeckplatz
Eingang Landwehrstraße 25
Telephon 4830 48

Manchester-Anzüge in pa. Qualität, 42,00 u. **36,00**
Bw.-Cord-Anzüge mit Breeches . 48,00 **36,00**
Gummi-Mäntel 29,00 24,00 **20,00**
empfiehlt in reicher Auswahl
Otto Knoll Nachf.
215] **Leipziger Straße 36**

Druck
sachen aller Art, für Private u. Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in ein- u. mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäßen Preisen die Abt. Buch- u. Kunstdruckerei der Prod.-Genossenschaft e. G. m. b. H., Halle a. S., Leuchtenweidstraße 14, Fernruf 1045, 1047. 2251 Verlangen Sie Preis-Offerten oder den Besuch unserer Vertreter.

Bekanntmachungen

Schüleranmeldung

Die Anmeldung der zu Ostern d. J. schulpflichtig werdenden Kinder soll erfolgen

1. **für die Knabenvolksschule:** Freitag den 13. Februar, von 2 bis ½5 Uhr in der Grabenschule
2. **für die Mädchenvolksschule:** Mittwoch, den 18. Februar, von 2 bis ½5 Uhr in der Mädchenvolksschule
3. **für die katholische Schule:** Mittwoch, den 18. Februar, von 3 bis 4 Uhr im Schulhause Nikolaikirchplatz 8

Die im vorigen Jahre zurückgestellten Kinder sind erneut anzumelden

Impfschein und Taufschein oder Geburtsurkunde sind vorzulegen

Eisleben, den 9. Februar 1925

30 **Der Magistrat.** Clauß

Beschluß des Versicherungsamtes der Stadt Eisleben

Auf Grund des § 160 der Reichsversicherungs-Ordnung und des § 1, Abs. 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte sind die Bewertungssätze der Sachbezüge und der Deputate im Bezirke des städtischen Versicherungsamtes fortan so zu bemessen, als sie jeweilig von Landesfinanzamt der Provinz Sachsen zum Zwecke des Steuerabzuges vom Arbeitslohn festgesetzt werden

Ab 1. März d. J. treten die Bewertungssätze in Kraft, die vom Finanzamt, hier, unterm 12. Januar 1925 in den Tagesblättern bekannt gegeben worden sind [Nr. 11 des Eisleber Tageblattes vom 14. Januar und Nr. 12 der Eisleber Zeitung vom 15. Januar 1925]

Unsere Verordnung vom 5. Januar 1923 über den Wert der Sachbezüge wird mit dem 28. Februar d. J. aufgehoben 29

Eisleben, den 9. Februar 1925

Das städtische Versicherungsamt

Kyffhäuser Bräu
das beliebte vollmundige Bier für den Stammtisch!
das erfrischende und anregende Getränk fürs Haus!
Bierbrauerei Kelbra vorm. Gebr. Joch A.-G.
Fernsprecher: Roßla (Harz) No. 1 *49

EINE
HÖCHSTLEISTUNG
der deutschen Zigaretten-Industrie ist unsere Zigarette
ZETKO-GOLD
Die ägyptische Herstellungsweise und ihr volles, dickes Format geben der Zigarette einen wundervollen, aromatischen und weichen Geschmack. Trotz ihres billigen Preises ist dieselbe in 25-Stück-Luxus-Blechpackung verpackt und ermöglicht jedem Raucher den Kauf einer hochwertigen Qualitäts-Zigarette
3 Pf.
in allen Stadtgeschäften erhältlich
Mitteldeutsche Zigaretten-Fabrik Attien-Gesellschaft
Halle a. d. Saale

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250211-19/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

In der Mittagspause

(Von einem Betriebsberichterstatter)

Im Betrieb ist Mittagspause. Die Kollegen sitzen gruppenweise beisammen, um ihr mitgebrachtes mageres Mittagessen zu verzehren. Einige essen Brot. Plötzlich sagt ein Kollege zu einem anderen: „Junge, Junge, Du hast heute so eine Wurstbemme!" Der andere Kollege will erst nicht mit der Sprache heraus. Doch auf einige ulkige Bemerkungen von seiten der anderen, erzählt er, daß er von einem Bekannten einen Bons erhalten habe, auf dem er 2,50 Mk. bezahlt habe. Für diese 2,50 Mark hätte er dann ein 5-Pfund-Wurstpaket erhalten. Natürlich wollten nun die meisten wissen, wie das möglich sei. Einer sagte: „Das ist am Ende gar Wurst von Haarmann?" Kurz und gut, die hämischsten Bemerkungen flogen hin und her. Endlich rückte der Kollege mit seinem Geheimnis heraus und teilte mit, daß er für die 2,50 Mark ein einen Schein mit 5 Bons erhalten habe, die er in seinem Hause verkauft und dann das Geld, 5 mal 2,50 Mark = 12,50 Mark, eingeschickt hat. Hierauf erhielt er erst das Paket. Jetzt ging den übrigen Kollegen ein Licht auf und eine rege Diskussion setzte ein. Nachdem einige Kollegen, die schon immer die verlogene kapitalistische Geschäftsmoral richtig erkannt und den Kollegen bei jeder Gelegenheit die Augen geöffnet haben, in die Debatte eingriffen, war es möglich, aus dem Wust von Meinungen den wahren Kern herauszuschälen. Ein gerissener Geschäftsmann hat da einen Talonversand eingerichtet. Die Proleten, wie immer, fallen zuerst auf den Trick hinein und machen für diesen Herrn Reklame und treiben ihm das Geld ein. Die letzten aber, die entweder die Bons nicht weiter verkaufen können oder wollen, sind ihre 2,50 Mark los, die sie heute besser verwenden können. Der tüchtige Geschäftsmann aber, hat nichts eingebüßt, im Gegenteil, er hat mit wenig Unkosten sein gutes Geld verdient.

Manche nennen so etwas Geschäft, andere wieder nennen es Schwindel. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, Arbeiter vor Schaden zu bewahren.

Polet, wie kannst Du es wagen, bei der Firma Alwin Taatz nach Arbeit anzufragen!

Ein arbeitsloser Jugendgenosse schreibt uns: Ich kam zur obigen Firma in Halle, Merseburger Straße, um nach Arbeit zu fragen. Auf dem Fabrikhofe angelangt, erkundigte ich mich bei den Arbeitern nach ihrem Meister. Einer sagte mir, er wäre in der Fabrik. Ich, mir natürlich nichts Schlimmes bewußt, gehe in die Fabrikräume hinein. Bei etlichen Arbeitern an den Maschinen erkundigte ich mich. Da tritt plötzlich vor mich die Gestalt eines Stehkragenproletariers. **„Wie können Sie es wagen, hier reinzukommen!"** fiel mir der Herr Meister Radegast mit barschen Worten entgegen. Als ich ihn nun höflichst nach Arbeit fragte, brüllte er: **„Ich habe keine Arbeit. Machen Sie, daß Sie rauskommen."** Ich verbat mir das schroffe Entgegentreten und sagte ihm, er solle mir, wie ich ihm, höflich entgegenkommen. Während des Verlassens des Fabrikraumes kam er hinter mir her mit eingezogenen Achseln wie eine Hyäne.

Nun möchte ich mal diesen Meister fragen: **War er nicht auch einmal nur ein gewöhnlicher Schlosser? Mußte er nicht auch sein Geld hinter dem Schraubstod verdienen?** Oder meint er mit seinem täglichen Wort: „Wir schreiben mit der Zeit, es ist nicht mehr so wie früher", daß er jetzt das Recht hat, arbeitsuchende Proleten aus der Fabrik zu jagen? Er sollte sich lieber mal um die **hygienischen Einrichtungen** seiner ihm zugeteilten Fabrikräume kümmern. Das täte not. **Also, Arbeiter von der Firma Alwin Taatz, jagt solche Heloten wie Euren Meister Radegast zum Teufel! Schafft bessere Zustände, indem Ihr Euch politisch und gewerkschaftlich organisiert!**

Schikane in der Engelhardt-Brauerei, Halle

(Von unserem Betriebsberichterstatter)

Wir konnten bereits des öfteren über skandalöse Zustände in der Engelhardt-Brauerei berichten. Nunmehr sind wieder verschiedene Fälle vorgekommen, die die Oeffentlichkeit unbedingt erfahren muß.

Ein schon längere Zeit im Betrieb beschäftigter Kutscher mußte über die im Hofe befindliche Drehscheibe fahren, da er anders nicht fahren konnte. Nun sind die Bohlen dieser Drehscheibe schon sehr morsch. So brach denn der Kutscher ein. Obwohl der Kutscher, wenn er überhaupt seine Arbeit verrichten wollte, über die Drehscheibe fahren mußte, **wurden ihm von seinem sowieso schon spärlichen Lohne 6,09 Mk.** (der Arbeitslohn für die Wiederherstellung der Bohlen) **abgezogen.** Wenn er aber die Arbeit nicht gemacht hätte, d. h. wenn er nicht über die Bohlen gefahren wäre, wäre er wohl mit Bestimmtheit entlassen.

Ein weiterer Fall: Ein Kutscher mußte Karamelbier fahren. Die Wagenplane war zerrissen, so daß diese beim Sturm Flaschen vom Wagen herunterriß. Dabei gingen vier Flaschen entzwei. Als der Lohntag kam, sollten ihm 1,64 Mk. (= 4 Flaschen Bier) **vom Lohne abgezogen** werden. Das wurde aber durch Druck auf den Betriebsrat abgewehrt.

Ein dritter Fall: Einem landwirtschaftlichen Kutscher passierte es, daß ein mit Stroh beladener Wagen kaputt ging, so daß das Stroh auf die Pferde fiel und diese durchbrannten. Dafür wurde dem Kutscher **schlechtere Arbeit mit weniger Lohn** gegeben.

Arbeiter der Engelhardt-Brauerei! Wie lange wollt Ihr diese Zustände noch dulden? Es ist jetzt die höchste Zeit, daß Ihr Euch in einer starken Roten Front zusammenschließt!

Lauchhammerwerk Dolsthaida

Nieder mit den Faszisten in den Betrieben! — Hinein in die freien Gewerkschaften zum Kampf gegen die Reformisten!

(Von unserem Betriebsberichterstatter)

Die Betriebsratswahlen stehen vor der Tür. Im Lauchhammerwerk wurde bisher nur die freigewerkschaftliche Liste eingereicht. In diesem Jahre rüsten aber auch die „vaterländischen Werksvereine" zum Wahlkampf. Auf die Parolen, mit welchen diese „Helden" in die Schlacht ziehen, kann man wirklich gespannt sein. Ihre wahren Ziele: Festigung des 10- bis 12-Stundentages, Lohnabbau und dergleichen werden sie bestimmt nicht herausbringen. Die Namen der Kandidaten werden auch keinen Wähler heranlocken; das Wissen dieser „Größen", die dieser Bewegung angehören, ist wirklich nicht groß. Am besten ist, wenn sie auf jedes Flugblatt eine Photographie ihres Vorsitzenden kleben. Dann erübrigt sich jedes Programm.

Wenn man demgegenüber der freigewerkschaftlichen Liste die Bezeichnung „Neßler" gibt, wird man keinen nennenswerten Unterschied feststellen können. Die Arbeiter stehen dem Werksverein genau so gleichgültig oder besser feindlich gegenüber, wie den Phrasen eines Willi Neßler. Wie weit die Belegschaft Lauchhammer unter diesem „Führer" gekommen ist, sieht man am besten an den Zuständen in diesem Werk. Der größte Teil der Belegschaft hat die Antwort bereits gegeben und dem Neßler-Verband den Rücken gekehrt. **Dadurch haben sie diesem Menschen nur einen Gefallen getan.** N. fühlte sich natürlich sehr wohl ohne Opposition. „Hinein in den DMV.!" muß die Antwort sein. Und dann aufgeräumt mit diesen Verrätern, deren „laubere" Vergangenheit die Spatzen von den Dächern pfeifen.

Wenn sich die Arbeiterschaft von Lauchhammer wieder restlos organisiert und nur Betriebsräte aufstellt, die eine Gewähr dafür sind, daß sie die Interessen der Ausgebeuteten vertreten, dann wird es ein leichtes sein, andere Zustände in Lauchhammer zu schaffen, trotz Neßler und trotz gelber Werkverein.

Abraumbetrieb von Polentzky und Dr. Rahtjens

Grube Hasse in Roßbach

Am Mittwoch, dem 4. Februar, fiel auf der Kippe des genannten Betriebes eine Maschine die Böschung hinunter. Jetzt mußte nun der „Schuldige" gesucht werden. Diejenigen Personen, welche die Verantwortung über den gesamten Betrieb haben, wollten die Schuld nicht auf sich nehmen. So mußte es der Oberkiper sein, der die alleinige „Schuld" hatte. Obwohl dieser Mann den Schachtmeister mehrere Male darauf aufmerksam gemacht hatte, daß die Maschine infolge ihrer Schwere nicht auf diesem Boden fahren kann. (Nebenbei bemerkt wird die reine Kohle auf die Abraumhalde gefahren, es könte ja sonst der Profit von Polentzky geschmälert werden.)

Als es nun daranging, die Maschine wieder herauszuschaffen und man die Kipper aufforderte, dazubleiben und Ueberstunden zu machen, wurde es selbstverständlich verweigert. Trotzdem fanden sich schließlich noch Leute zu dieser Arbeit. Sie arbeiteten **36 und mehr Stunden.** Das ist nicht verwunderlich. Dann wurden zwei Flaschen Kognak getrunken. Ob diese von der Firma spendiert sind, entzieht sich unserer Kenntnis.

Besonders Maschinenmeister Sachler und Schachtmeister Krenke sind die größten Unternehmerlakaien. Wenn man mit einem dicken Auster herumläuft, die Hände bis an die Ellenbogen in den Taschen hat und sich auch die meiste Zeit in der Bude aufhält, dann kann man selbstverständlich 36 Stunden „arbeiten". Nicht aber, wenn man 12 Stunden angestrengt arbeiten muß.

Bei der Firma Polentzky werden die Arbeiter nicht als Menschen behandelt. Rechte kennt dort der Arbeiter überhaupt nicht mehr. Wenn sich ein Arbeiter weigert, Ueberstunden zu machen, setzt man ihm die Pistole auf die Brust und sagt: **„Wer nicht länger arbeitet, braucht am anderen Tage nicht mehr anzufangen."** Von einem Betriebsrat hört und sieht man nichts.

Lohndrückerei — große Spenden für bürgerliche Vereine

Gemeinste Ausbeutungen in Liebigs Harmoniumbude, Zeitz

(Von unserem Betriebsberichterstatter)

In allen Zeitzer Pianoforte-Fabriken herrschen heute Zustände, die angeprangert werden müssen. Was jedoch bei Liebigs vor sich geht, spottet jeder Beschreibung. In dieser Bude geht es ein und aus wie in einem Taubenschlag. Bei den Tischlern steht diese Bude auf dem schwarzen Brett. Auf dem Arbeitsnachweis winkt jeder arbeitslose Tischler sofort ab, wenn er zu Liebigs gehen soll. Eine Ausbeutung und Schikaniererei ist hier auf der Tagesordnung, wie nirgends woanders. Und wie immer sind es Parvenüs, die ihre Kollegen drangsalieren. War doch früher der jetzige Meister Purrucker auch nur Tischler. Und nicht etwa einer der besten. Er lieferte des öfteren Murksarbeiten, die von der Betriebsleitung beanstandet wurden. Das ging ihm eines Tages so nahe, daß er Schluß machte und sich selbst zum „Großindustriellen" schlug. Seine Firma blühte und gedieh so gewaltig, daß er bald wieder bei Liebigs sich „telephonisch" anbieterte.

Er war nun sofort zu allerhand Liebesdiensten für die jungen Chefs bereit. Purrucker arbeitete bis zur Bewußtlosigkeit, daß sich sogar seine Frau vernachlässigt fühlte. Wegen seiner „kolossalen Aufopferung" im Interesse der Firma schlug man ihn zum Ritter, er wurde Vorarbeiter. Man steckte ihn in eine Branche der Fournierereien, wohin die Chefs alle diejenigen Arbeiter versetzen, die sich ihrer besonderen „Zuneigung" erfreuen.

Bei der sogenannten „Deportierten-Kolonne" machte er den Oberhäuptel. Von dieser Zeit an maßte er sich Meisterrechte an. Wie es ihm passte, entließ er und stellte Leute ein und ohrfeigte sogar Gesellen. Von keinem Meister ließ er sich was sagen, er fühlte sich als unumschränkter Herrscher. Nach dem Tode des Seniors spielte er seine Intrigen dahingehend aus, einen alten, erfahrenen, sachkundigen Meister Nagel, der schon 20 Jahre bei der Firma war, außer Arbeit zu bringen, da dieser sich mit den Arbeitern verstand und aufs Recht sah.

Endlich hatte er das langersehnte und erträumte Ziel seiner schlaflosen Nächte erreicht. Er wurde Meister und übte sein Amt „richtig" aus. Mit anderen Tischlern schob er Ueberstunden bis zum Brechen. Wer nicht parierte, flog. Die Lehrjungens haben ein schweres Los bei diesem Menschen. Er tyrannisiert sie mit Strafdiensten, d. h. Ueberstunden machen und schellt sie ab, wie er seine Mucken hat. Tag und Nacht dachte er nach, wie er sich mehr einkratzen kann bei seinen lieben Chefs. Endlich hatte er es: Eine Art Taylor-System nach seiner Erfindung.

Die Stunde hat für ihn während der Arbeit jetzt 100 Minuten.

So wird geschuftet. Somit drückte er die Akkordlöhne um 50 Prozent herunter. Er knobelte eine Betriebsumstellung dadurch aus. Zuerst probierte er es mit einem Tischler nach Feierabend durch Ueberstunden aus. Sie wühlten bis nachts um 11 und 12 Uhr. Nach seiner Ansicht klappte es. Gleich darauf boten sie es den anderen Tischlern an. Diese lehnten es ab. Etliche Kollegen machten trotzdem die Arbeit, um der Firma zu beweisen, daß sie nicht auf ihr Geld kommen, was sich auch herausstellte. Herr Liebig redete immer zu und meinte: In 5 Wochen wird es schon gehen, dann hätten die Tischler sich eingearbeitet. Durch diese Wühlerei wurde der größte Bruch geliefert. Hinterher mußten andere Gesellen die Harmonium-Gehäuse nacharbeiten. Der Zufall wollte es, daß der beste Tischler krank wurde. Als der Chef nach ihm fragte, wurde ihm der Bescheid, daß er krank sei. Da meinte er:

„Der will sich wohl vom Akkord drücken, dem fehlt wohl etwas am Oberstübchen!"

Obwohl der Kollege vorher Akkord gemacht hatte. Ein früherer Arrestant aus der Fournierereien sollte die Arbeit übernehmen, was er jedoch verweigerte. Er hatte am Anfang an dieser Stelle gearbeitet und kannte die Verhältnisse sehr gut. Darauf hatte sein Stündlein geschlagen. Man warf ihn auf das Pflaster.

Zu guter Letzt war von den Tischlern nur sein bester Freund als einziger Zusammensetzer übriggeblieben. Dieser erklärte Purrucker sofort, für den niedrigen Lohn die Arbeit nicht zu liefern. P. redete ihm jedoch zu, dazubleiben, versprach ihm goldene Berge. Er billigte eine Erhöhung von 38 Pf. an einem Gehäuse zu. Eines schönen Morgens aber kommt er und kündigt dem Tischler an, daß er den Zuschlag wieder abziehen wolle. „Gute Luft! Heute gibt es noch was in der Bude!" dachte er bei sich. Und wirklich: Es ging los! Purrucke krempelte die Aermel am Weißkittel hoch, fing an zu arbeiten und bot seinem Freund die Konkurrenz an. Er möchte mit ihm mal um die Wette arbeiten. Er wühlte und schwitzte, sein Freund lachte. Bald flog der Kittel herunter, dann die Jacke, Weste und bei dem Wühlen konnte er die Gesicht des Meisters Purrucker gar nicht mehr richtig erkennen. So zappelte derselbe mit der Säge herum. Dabei konnte er nicht genau feststellen, ob der Meister vor Schweiß aller lästigen Kleidungsstücke entledigt hatte und nur noch im Hemde dastand. Zuzutrauen wäre es ihm. Das konnte kein kultivierter Mensch mehr mit ansehen. Man glaubte sich bei einem Wahnsinnigen zu befinden. Sein Freund warf die Arbeit hin und erklärte ihm, daß er mit so einem „Arbeitsvieh" nicht klägen könnte. Auf einmal spielte Purrucker den „wilden Mann". Er glaubte sich „bedroht", stürzte an die Luaßelstrippe und rief die Chefs um Hilfe. Der Kollege ging zum Betriebsrat und wollte ihm den Vorfall erzählen. Doch in der Zeit kamen Herr Fritz Liebig, der frühere Artillerie-Leutnant, und sein Bruder schon angestürzt und schimpften wie Rohrspatzen. Sie wollten handgreiflich werden und äußerten Redensarten gemeinster Art. Sie beteiligten den Kollegen mit „**Lausejunge**", obwohl derselbe beinahe genau so alt ist wie die Chefs. Er hätte die Bude „verheizt", die Arbeit sabotiert und dergleichen mehr. U. a. meinten sie:

„Wir haben es gar nicht nötig, arbeiten zu lernen. Wenn einer noch ein Wort sagt, schließen wir die Bude, werfen alle hinaus, usw."

Fritz Liebig gab den Anschein, als diese Stelle hingestellt werden, der von dieser Branche gar nichts versteht, was er deswegen auch verweigerte. Man schikanierte ihn nach Strich und Faden. Er mußte rücken.

Liebigs Bude gleicht einem Zuchthause. Eine Wache ist am Tore eingerichtet. Der „wachhabende Posten" ist Herr Schellbach. Pünktlich schließt er früh die Tür. Keiner kann heraus noch hinein. Auch er steht in hoher Gunst bei den Chefs. Hat er doch mit dem einen Junior zusammen studiert. Deswegen darf er auch höhe Ehrenämter bekleiden. Aborte und Aschengruben reinigen, Hunde füttern und was weiß ich nicht alles für ihn. Dieniste leisten Mitglied ist er bei sämtlichen patriotischen „Helden"vereinen.

Schöne Mädchen haben die Liebigs in Stellung „dürfen" öfters mit in den Furnierkeller gehen. Denn der Schnorbel und Purrucker guten Geschmack.

Ihre guten Arbeiter möchten die Liebigs gerne behalten. Es gehen fast alle Wut schwärzen sie deshalb bei anderen Firmen an, daß sie keine Arbeit bekommen. Es ist gesetzwidrig. Durch solche Denunziationen machen sie Tischler auf längere Zeit arbeitslos.

Für die Arbeiter hat man nichts übrig bei Liebigs, aber ein bürgerlicher Verein ist, so muß gesagt werden, um sich einen „Namen" zu machen. Beweis:

„Schon seit längerer Zeit beschäftigte man sich im „Vater Jahn, Zeitz" mit der Bildung eines Spielzuges. Doch scheiterte es immer an der Geldfrage. Der Wunsch der Mitglieder wurde nun am Weihnachtsfeste doch erfüllt. Unter dem Weihnachtsbaum des Vereins stand die **volle Ausrüstung eines Spielmannszuges. Ein Mitglied der Männer-Abteilung, Herr Fabrikbesitzer Fritz Liebig, hatte Trommeln und Pfeifen dem Verein als Weihnachtsgeschenk übersandt . . .**" So zu lesen im Zeitzer „Schmockblättchen" und darüber steht: **„Nachahmenswertes Beispiel".**

Da kann man sehen, wo die abgepreßten Groschen hinfließen. Um bürgerliche Vereine großzuäppeln, werden die Arbeitergroschen mit verwandt. Auch Luxusautos werden angeschafft, um das Leben angenehm zu gestalten. Die Proleten können ruhig hungern. Geht doch eine Legende unter der Zeitzer Arbeiterschaft um:

„Kam vor Jahren ein Handwerksbursche nach Zeitz, barfuß und mit zerrissenen Hosenarsch. Was Bildhauer von Beruf, man nannte ihn den „Leviten" Nach Jahren war er Kompagnon bei einer Piano-Bude Höhne. Sie trennten sich. Dunkle Gerüchte schwebten in der Luft. Mit nichts war er gekommen und bald hatte er eine Fabrik: Er hieß Liebig und ist gestorben." Die Söhne erbten die Fabrik.

Als Kollegen bei der Gewerkschaft vorstellig wurden wegen der Mißstände bei Liebigs, bekamen sie die „sanfte Antwort", das sollten sie sich nicht gefallen lassen. **Aber nichts taten die Gewerkschaften dagegen.** Endlich kam vor einiger Zeit eine Betriebsversammlung darüber zustande. Da war der Gewerkschaftsangestellte Hopf nach der Meinung, immer so weiter wursteln. „Ihr seid Kerle, Ihr seid Kerle," jammerte er die Kollegen an, die Maßnahmen dagegen verlangten. Erst auf den Druck der Arbeiter hin, ließ er den Betrieb sperren, auch beim Arbeitsnachweis.

Darauf hing die Betriebsleitung vor Wut einen Aushang aus, **daßnur noch drei Tage in der Woche gearbeitet** würden. Da stellte **der SPD.-Betriebsobmann Meißner** den Sachverhalt so auf den Kopf, daß **die Sperre wieder aufgehoben** (!) und er wieder vollarbeiten konnte. Er stellte seine Kollegen als Schwindler hin und äußerte sogar, daß viel verdient würde! Er arbeitet durch seine Redensarten den Unternehmern in die Taschen, wie das bei Sozialdemokraten so Mode ist. Dem Gewerkschaftsangestellten Hopf sind die Arbeitsverhältnisse geschildert worden, um Abhilfe zu schaffen zusammen mit der Gewerbepolizei. Er rührt sich nicht. Steht doch in der Furnierei eine Jahnmaschine, die kolossalen Staub aufwirbelt, wodurch schon ein Kollege lungenkrank geworden ist. Es fehlte daran ein Staubfänger. Ueber den Hinauswurf des Kollegen erklärte Hopf:

„er wäre selber schuld, daß er aufs Pflaster geflogen sei,"

gegenüber anderer Kollegen.

Das ist ein starkes Stück. Nach seiner Ansicht, soll man sich anscheinend ducken und nicht mucken. Bei der Einstellung der Gewerkschaftsbureaukratie ist das zu verstehen.

Die Arbeitskollegen im Betriebe aber haben sich gegen alle Drangsalierungen zu wehren, vom Unternehmer menschenwürdige Löhne zu fordern, ehe er Geschenke an bürgerliche Vereine macht. Auch dem Meister P. müssen wir mehr auf die Finger sehen. Nur durch solidarisches Handeln und klassenbewußten Zusammenschluß in der freien Gewerkschaft, die wir auf den Boden des Klassenkampfes bringen müssen, kommen wir wieder vorwärts.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250211-19/fragment/page=0005

Vom Reichskanzler zum Zuchthauskandidaten

Der Eiertanz des „Volksblatts“ um Bauer

Es sind noch keine vierzehn Tage vergangen, da die Sozialdemokratische Partei in Halle stolz verkündete, daß der Genosse Reichskanzler a. D. Gustav Bauer hier sprechen würde. Alles war festlich hergerichtet. Die Türen der „Volksblatt“-Redakteure prangten mit Immergrün umkränzt: „Ein herzliches Willkommen unserem hohen Ehrengast!“ War es doch wahrscheinlich, daß der hohe Ehrengast geruhen werde, einige Augenblicke auch dem häuslichen Frieden seiner Untergebenen sich zu widmen. Man genoß schon im Voraus die staatsmännische Klugheit dieses Altreichskanzlers wie einen leichten Schauer und wiegte sich in dem Gedanken, in Bälde in vertraulicher Nähe bei jenem Menschen weilen zu können, der in sturmbewegter Zeit einmal des Reiches höchste Würde innegehabt hatte. Halle, gesehen von der Frosch-perspektive seiner „Volksblatt“-Redakteure, war voll Erwartung und in Spannung. Es sollte ein Festtag werden, der noch auf lange Zeiten hinaus dem trüben Alltag Glanz verleihen sollte.

Es hat nicht sollen sein.

Gustav Bauer erschien nicht. Seine staatsmännische Klugheit und Genialität war nicht so wahlfeil, als daß sie sich jedem „Volksblatt“-Redakteur ohne weiteres mitteilen konnte. Und die hallische SPD. war um eine Illusion ärmer geworden.

Doch das Unglück schreitet schnell. Wir lasen vor wenigen Tagen im „Volksblatt“ einen Brief, der dem Nachfolger Bismarcks zudiktiert war. Dieser Brief entkleidete den hohen Würdenträger Gustav Bauer ein wenig seiner Ehre. Gestern war im „Volksblatt“ von einem hergelaufenen Juden Isidor Greif die Rede, der als Belastungszeuge im neuen Magdeburger Prozeß gegen S. M. Ebert selbst verwendet werden soll. Man entrüstet sich eine ganze erste Seite lang über diesen hergelaufenen Juden, der Herrn Ebert an die Ehre gehen soll. Was aber hatte es mit jenem eigenartigen Brief, den das „Volksblatt“ vor wenigen Tagen brachte, und der an den Altreichskanzler Bauer gerichtet war, auf sich? Nun wohl, der war nicht einmal von dem „hergelaufenen Juden“ Julius Barmat an Bauer gerichtet, sondern von einem Laufjungen des hergelaufenen Juden Julius Barmat. Und der Ton dieses Briefes? Der war so, als wenn ein hoher Herr durch seinen Diener einen lästigen Schnorrer abschütteln läßt. Dieser Brief war in der Tat der schönste Beweis für die These der Kommunisten, daß **Minister und Reichskanzler nichts anderes sind als die Lakaien der großen Konzerne.**

Bauer mußte sein Mandat niederlegen. Die große Stütze sozialdemokratischer Politik ist getrickt. Tränen des Kummers rollen den „Volksblatt“-Redakteuren über die Wangen. Sie hatten vor nicht 14 Tagen noch gebebt, den hohen Gast in Halles Mauern zu sehen. Und nun? „Die Wollust aller Kreatur ist gemenget mit Bitterkeit“ — auch die Wollust aller „Volksblatt“-Kreaturen.

Doch der Kelch war noch nicht geleert. Während die „Volksblatt“-Redakteure vorgestern noch über die Vergänglichkeit alles Irdischen nachdenken und Betrachtungen darüber anstellen konnten, wie schnell über Nacht ein Mensch vom Altreichskanzler zum einfachen Parteisoldaten degradierte, so ereignete sich gestern ein noch tieferer Fall. Wir geben dem „Volksblatt“ das Wort:

„Ausschluß Bauers aus der Partei? Der engere Berliner Bezirksvorstand hat am 9. Februar 1925 in einer außerordentlichen Sitzung einen Ausschlußantrag gegen den Genossen Bauer wegen der Barmat-Affäre verhandelt. Der engere Bezirksvorstand beschloß, zwei Genossen aus dem Magdeburger Bezirk zu vernehmen, um dann die Angelegenheit Bauer dem erweiterten Vorstand zur Entscheidung zu übertragen.“

Vom Altreichskanzler ins Nichts! Kann es einen tieferen Fall geben? Ja, es kann einen tieferen Fall geben und der lautet:

Vom Altreichskanzler zum kriminellen Zuchthauskandidaten.

Doch dieser Kelch bleibt dem „Volksblatt“ nicht erspart. Wir geben wieder dem „Volksblatt“ das Wort:

„Ermittelungsverfahren gegen Bauer?

Berlin, 10. Februar. (Radiomeldung.)

Die in Berlin erscheinende Lokalkorrespondenz, die einem Grafen gehört und nur von Juden bearbeitet wird, kann sich schon seit längerer Zeit rühmen, gute Beziehungen zu einem deutschen Staatsanwalt zu haben, der natürlich nur zufällig die Barmat-Akten bearbeitet. Neuerdings meldet diese Korrespondenz, daß nicht nur gegen den früheren Reichspostminister Hoefle, sondern auch gegen Gustav Bauer bereits ein Ermittelungsverfahren schwebe. Es soll sich auf die Anschuldigung stützen, daß Bauer in der Zeit schwerer wirtschaftlicher Not entgegen den bestehenden Vorschriften Ankäufe von Devisen zu eigenem Vorteil vorgenommen hat. Es soll ferner die Frage geklärt werden, ob Bauer den Gebrüdern Barmat gegen Entschädigung politische und wirtschaftliche Informationen aus Reichsstellen zugeleitet hat, auf Grund deren die Barmats Devisenspekulationen vorgenommen haben.

Man sieht, die Herren der „Moral“ ruhen nicht eher, als bis sie ihre Opfer endgültig zu Tode gehetzt haben. Es ist ganz selbstverständlich, daß auch wie eventuelle **vorsätzliche Denunziantenaufsätze verurteilen; wo aber bleiben die Strafverfahren gegen die Industriellen, die diese Aufsätze nur in großem Umfange veranlaßt haben? Die einseitige Auslegung von vergangenen Handlungen läßt klar erkennen, daß die im Gange befindliche Hetze nur den Sinn hat, politisch-agitatorische Vorteile für die ewig blamierten Deutschnationalen zu besorgen.“**

Ja, ja: Das ist das Ende vom Ende. Danach kommt nichts mehr, wenigstens für Bauer.

Und für die Redakteure des „Volksblättchens“? Schicksalsschläge sind oft für den Geist nicht gut und so müssen wir hier leider an dem Geist der „Volksblatt“-Redakteure zwei uns erschreckende Anzeichen stiller Verblödung authentisch feststellen. Die letzte gestrige Meldung zeigt sie mit aller Deutlichkeit. Wir lesen also noch einmal „Lokalkorrespondenz, die einem Juden gehört und nur von Juden geleitet wird ... Der Jude Isidor Greif.“ Wahrhaftig, **das „Volksblatt“ macht in Antisemitismus.** Es hat sich an der Liebe zu dem Juden Julius Barmat überfressen und ist — Antisemit geworden:

Die Wahrheit bricht sich Bahn:
„Der Jude hats getan!“

Er hat unsere Partei von innen zermürbt. Nun macht er's von außen. Schreibfeder her, Material zusammengetragen. Mit Volldampf voraus! Es gilt ein Werk zu schreiben: **„Der Zusammenbruch der Sozialdemokratie das Werk der Juden.“** Wird im „Deutschen Vorwärts“ abgedruckt unter der freundlich antisemitischen Beihilfe von Artur Zickler.

Der zweite Gehirndefekt wird offenbar aus dem Schluß des Kommentars, den das „Volksblatt“ an die Meldung vom Ermittlungsverfahren gegen Bauer anknüpft. Das ethische Gehirn des F. D. H. Schulz hat eine katastrophale Erweichung erlitten. Das Verbrechen Bauers wird nicht entschuldigt, aber in Wirklichkeit wird es **doch entschuldigt** durch das Verbrechen der anderen. Man nennt das eine Verbrechermoral und der Ethiker F. D. H. Schulz ist zum Verbrechermoralisten herabgesunken. Das scheinen die Herren vom „Volksblatt“ gar nicht zu merken, denn immer und immer wieder entschuldigen sie sich letzten Endes mit dem, was die anderen getan haben. Antisemitismus und Verbrechermoral, das sind die Folgen, die der Fall Bauer für die „Volksblatt“-Redakteure nach sich gezogen hat. Ein bedauernswertes Fazit. Vor vierzehn Tagen, da tanzten die Herren noch um ihren Altreichskanzler herum und führten einen Eiertanz zu seinem Lobe auf. Heute machen sie auch einen Eiertanz zum Tode ihres Herrn und Meisters, während schon der Drehwurm ihr Gehirn leicht ergriffen hat.

„Mit Mann und Roß und Wagen
Hat sie der Jud' geschlagen.“

Das „Volksblatt“

weiß vor Wut über die **zahlreichen Massenversammlungen der KPD. in Halle** gar nicht mehr aus noch ein. Wir können diese Wut wohl verstehen. Haben es doch die Herrschaften um das „Volksblatt“ herum erst fertiggebracht, nach dem 7. Dezember eine einzige „öffentliche“ Versammlung zu veranstalten, und zwar die, in der der Korruptions-Bauer sprechen sollte. Wie sich dann in dieser Versammlung zeigte, waren auch in ihr **nicht mehr als 150 bis 200 Mann Korruptions-Anhänger** anwesend. Die übrigen Teilnehmer waren klassenbewußte Arbeiter, die am Schluß der SPD.-Versammlung das Schlußwort des Referenten dadurch unmöglich machten, daß sie den Saal mit dem Gesang der „Internationale“ demonstrativ verließen.

Wenn das Käseblättchen vom Harz von der vorgestern stattgefundenen öffentlichen, prachtvoll verlaufenen Massenkundgebung als von dem „fälligen Massenprotest“ spricht, so verbirgt sich dahinter nur die grenzenlose Wut des „Volksblatt“, daß es selbst **keine Massenproteste und Massenkundgebungen veranstalten kann.** Ja, die Zeiten für die Noske-Partei sind für das Runge-„Volksblatt“ sind eben endgültig vorüber!

*

Und doch wieder Schupo-Provokationen!

(Arbeiterkorrespondenz)

Nun haben sie doch ihren Willen gehabt. Nach der Protestversammlung im „Volkspark“ vorgestern abend ging die Menge ruhig nach Hause. Ein Trupp Jungstürmer und Kommunistische Jugend marschierte ruhig und in musterhafter Ordnung durch die Wallstraße nach der Großen Ulrichstraße. Hier wurde ihnen in der Nähe der Bölbergasse von einem Schupomann ein provozierend „Auseinandergehen!“ entgegengerufen, worauf die Menge ruhig weiterging. Nun wurde der Schupo wild, sprang mit einigen Satze in die Reihen, griff wahllos einen jungen Mann heraus und nahm ihn fest. Als die darüber erregte Menge sich in empörten Worten Luft machte, waren plötzlich mehrere Schupoleute sowie ein Ueberfallkommando zur Stelle. In der Dachritzstraße, durch welche der junge Mann gebracht wurde, zog sogar so ein Held das Seitengewehr und fuchtelte damit einigen jungen Mädchen vor der Nase herum. Die Mädchen riefen ihm aber furchtlos ein „Schlagt doch zu!“ entgegen.

Nun hatte die Schupo aber doch ihren Willen und sie konnte wenigstens einen Verhafteten im Präsidium abliefern, wenn dieser Verhaftete auch weiter nichts getan hatte. Hätte der Schupomann die Leute ruhig weitergehen lassen, dann wäre überhaupt nichts vorgekommen. Aber es mußte doch wenigstens einer daran glauben, damit die Hüter der Ordnung nicht ganz umsonst auf der Straße stehen.

Arbeiter! Werdet Ihr jetzt noch nicht gescheit? Wie lange wollt Ihr Euch noch provozieren lassen von denen, die selbst nichts weiter sind wie Ihr? Es wird Zeit, daß Ihr nun endlich nachdenken lernt. Die Schergen schrecken vor nichts zurück. Darum: Wacht auf!

Sie versuchen, die Barmat-Korruption der SPD. ins Lächerliche zu ziehen

Keine Taktik der SPD. will mehr helfen, vielleicht hilft diese!?

Die Sozialdemokratische Partei ist derartig korrumpiert, daß sie nicht mehr ein noch aus weiß. Die Sozialdemokratische Partei Barmats (SPB.) weiß gar nicht mehr, wie sie ihre Schuftigkeit den Arbeitern gegenüber „verteidigen“ soll. Nunmehr versucht das „Volksblatt“, die Barmat-Korruption, in die quasi alle Größen der SPD. verwickelt sind, als „nicht so ernst“ hinzustellen. Denn „alle“ haben „es“ ja gemacht.

Das „Volksblatt“ drückt in seiner gestrigen Nummer ein Gedicht aus dem „Lachen links“ ab: „Barmat klagt an“. Dies Gedicht beginnt:

„Ob blutigrot, ob schwarzweißrot,
Sie aßen alle Barmats Brot
Und nahmen die Geschenke.“

Obgleich die SPD. und auch das „Volksblatt“ weiß, daß die SPD.-Führer-Zentrale es sich aus den Fingern gesogen hat, daß Genosse Koenen am Barmat-Skandal beteiligt sein sollte, wagen die Herrschaften es, die schmutzige Verleumdung, an der **auch nicht ein wahres Wort** ist, weiter zu verbreiten.

„Wenn man aber die ganze Affäre als „lustig“ hinzustellen versucht, so wird man sich verrechnet haben. Die Arbeiter denken über die schwarzweißrotgoldene Barmat-Korruption anders. Für sie ist diese Korruption ein Zeichen des Zerfalls der kapitalistischen Wirtschaft und deren Hauptstütze, der SPD. (Sozialdemokratische Partei Barmats.)

Heraus aus der SPD.!
Hinein in die einzige Arbeiterpartei, die KPD.!
Das sind die Parolen der klassenbewußten Arbeiterschaft.

Die notorischen Lügner vom „Volksblatt“ wieder einmal entlarvt!

Auch das „Volksblatt“ brachte seinerzeit den „Brief“ des Genossen Graul, der durch die gesamte SPD.-Presse ging. **Jetzt,** da Genosse Graul erklärt hat, eine Beleidigungsklage gegen alle sozialdemokratischen Zeitungen anzustrengen, die den in Wirklichkeit gar nicht existierenden, von irgendeinem SPD.-Bonzen produzierten „Brief“ Grauls veröffentlichten, bringt der Hasenfuß „Volksblatt“ schnell eine Berichtigung, deren Veröffentlichung der Genosse Graul forderte.

Man sieht aus diesem Fall, wie in der SPD.-Presse gelogen wird und wie bald man den besseren Teil der Tapferkeit erwählt, sobald die Sache brenzlig wird. — Armes Skandalblättchen! Wieder einmal reingefallen!

Der Ehrenabend für Hermynia Zur Mühlen

Freitag, den 13. Februar, abends 8 Uhr, im großen Volksparksaal

bringt proletarisches Theater

und Rezitationen von Genossin Berend-Groa

Die hallischen Arbeiter und Arbeiterinnen müssen diesen Ehrenabend für die erkrankte Dichterin des Proletariats

zu einer Massenkundgebung machen!

Karten besorge man sich im Vorverkauf

Filmtournee der IAH. Halle-Merseburg

„Lenins Begräbnis“

Bei 26 Grad Kälte wurde gekurbelt, unter den schwierigsten Verhältnissen wurde dieser Film hergestellt. Draußen, auf dem Wege vom Sterbehause in Gorki zum Bahnhof, auf der Lokomotive des Trauerzuges von Gorki nach Moskau, in den Straßen Moskaus.

Wie oft liefen die Männer mit dem Kurbelkasten Gefahr, von der Bevölkerung verprügelt zu werden, ihre Apparate zerschlagen zu sehen.

Die Volksmassen, die erschüttert dem Sarge ihres toten Führers folgten, die ihm, dem toten Führer, in den Straßen stehend die letzte Ehre erwiesen, empörten sich über die Störung durch die Filmoperateure, die überall sein wollten.

Gestoßen, beschimpft, bedroht, trotz der Stärke des Frostes gelang es dennoch, diesen Film herzustellen, der besser als alle Worte es tun können, zeigt, wie tief die Liebe zu diesem Manne in den Volksmassen wurzelt. Er gibt auch ein Bild davon, auf welchem Boden das Werk steht, das unter Führung Lenins das russische arbeitende Volk geschaffen: Es sind nicht die Maschinengewehre von Söldnergarden, die es stützen, Träger und Stütze dieses Werkes ist das russische Volk.

Und dies ist seine Stärke.

*

„Die Werke der Internationalen Arbeiterhilfe“

Als im Jahre 1921/22 die Hungersnot die Arbeiter- und Bauernmassen aus dem Wolgagebiet vertrieb, Seuchen die Bevölkerung dieses Gebietes dezimierten, aus den blühenden „Getreidekammern“ Rußlands eine Wüste, mehr als eine Wüste: eine Hölle des Entsetzens wurde, kam die ganze Welt der hungernden Bevölkerung zu Hilfe.

Aber das Rote Kreuz unter Führung Nansens und die ARC. (American Relief Commission) hatten wohl Brot, Kleider und Medikamente — aber eine Hilfe über den Hunger hinaus, eine Hilfe, die Schäden des Hungers zu bekämpfen, die Bevölkerung beim Wiederaufbau des Zerstörten zu unterstützen, hatten sie nicht.

Die Internationale Arbeiter-Hilfe, die die Arbeiterschaft sich zur Hilfe für die russischen Arbeiter und Bauern schuf, ging, sobald die schlimmsten Erscheinungen der Hungersnot bekämpft waren, zur Aufbauhilfe über.

In 88 Heimen wurden die Kinder aufgenommen, die ihre Eltern durch den Hunger verloren hatten. Sie wurden von den Folgen des Hungers geheilt und nicht nur gepflegt und gespeist, sondern sie lernten lesen und schreiben, lernten handwerkliche Arbeit, damit älter geworden, tatkräftig am Aufbau ihres Staates, der Wirtschaft der Sowjetrepubliken mithelfen können.

Die IAH. übernahm auch Güter, die verlassen waren, machte sie zu Musterwirtschaften. Sie führte moderne landwirtschaftliche Maschinen ein und begann auf der Traktorenfarm im Ural die Industrialisierung der Landwirtschaft.

An der unteren Wolga bei Astrachan übernahm die IAH. die Fischerei. Die vielen kleinen selbständigen Fischer, die keine Mittel hatten, ihr verfallenes Fangmaterial zu erneuern, wurden zu einer Großfischerei zusammengefaßt, die modernes Fangmaterial anschaffte, die Unterkunftsräume für die Fischer nach und nach erneuern konnte.

Anders als die Hilfe in Rußland war die Hilfe der IAH. für die deutsche Arbeiterschaft im Hungerwinter 1923/24.

Hier wurden in fünf Monaten rund zwei Millionen Portionen warmes Mittagessen an erwerbslose Arbeiter ausgegeben, eine Million Brote, 17 000 Lebensmittelpakete wurden verteilt, um die hungernde deutsche Arbeiterschaft vor der Verzweiflung, vor mutlosem Aufgeben ihrer Existenz zu bewahren.

*

Die Aufführungen finden in folgenden Orten statt:

Piesteritz. Sonnabend, den 14. Februar, 5—7 Uhr, 7½—10 Uhr im Gasthof „Kappelbrücke“.

Bitterfeld. Sonntag, den 15. Februar, vormittags 10 Uhr im „Palastkino“.

Teuchern. Montag, den 16. Februar, abends 7½ Uhr im Landlichtspiele „Grüner Baum“.

Merseburg. Dienstag, den 17. Februar, abends 6 und 8 Uhr im „Modernen Theater“.

Zeitz. Mittwoch, den 18. Februar, abends 7½ Uhr im „Apollo“.

Lützen. Donnerstag, den 19. Februar.

Ammendorf. Freitag, den 20. Februar, abends 8 Uhr im „Goldenen Adler“.

Eisleben. Sonnabend, den 21. Februar, abends 8 Uhr im „Volkshaus“.

Leimbach. Sonntag, den 22. Februar.

Kelbra. Montag, den 23. Februar, abends 8 Uhr in der „Sängerhalle“ Kelbra.

Delitzsch. Dienstag, den 24. Februar, abends 8 Uhr im „Ringtheater“ (Marktplatz).

Eilenburg. Freitag, den 27. Februar, abends 8 Uhr in der Stadthalle“.

Mückenberg. Sonnabend, den 28. Februar, abends 7½ Uhr im Gasthof „Zur Eisenbahn“.

Im In- und Auslande war der Besuch bei Vorführung der beiden Filme überwältigend. In vielen Fällen mußten polizeiliche Absperrungen erfolgen. Wir sind überzeugt, daß auch die werktätige Bevölkerung von Mitteldeutschland in den betreffenden Orten durch Besuch der Vorführung sich selbst davon überzeugt, welch abgrundtiefer Unterschied zwischen bürgerlichem Kitsch und Filmen proletarischen, revolutionären Inhalts besteht.

Das Kino in Sowjet-Rußland im Kampf um die Gesundheit

Die Filmstelle der IAH. in Sowjet-Rußland hat einen neuen Film herausgegeben, mit dem der Versuch gemacht wird, ähnlich wie in dem russischen Film „Mutter und Kind“, sozialhygienisches Material in einen dramatischen Stoff künstlerisch zu einem spannenden Spielfilm zu verarbeiten.

„Tuberkulose ist eine proletarische Krankheit.“
„Tuberkulose hängt von der Wohnungsfrage ab.“
„Tuberkulose ist eine Berufskrankheit.“
„Der Kampf mit der Tuberkulose ist Sache der Arbeitenden.“

Dies sind die Hauptparolen der Anti-Tuberkulose-Agitation und Propaganda, die der Film unterstützen soll. Die praktische Aufgabe dieser Propaganda in der Sowjetunion ist, in die breiten Massen der Werktätigen das Bewußtsein von der Wichtigkeit und Notwendigkeit der Gründung von diätetischen Restaurants, Tuberkulosestationen, Kinderspielplätzen, „Nachtionatorien“, Tuberkuloseheime für arbeitsfähige Kranke zu tragen und sie anregen, Sowjets für soziale Hilfe zu bilden.

Der sozialhygienische Spielfilm „Das Haus der Familie Golubiny“ trägt noch die Mängel eines ersten Versuches an sich, aber es hat sich schon erwiesen, daß die Sanitätspionniere mit ihm eine ausgezeichnete Waffe in das Arsenal ihrer Propagandamittel bekommen haben, die besonders während der drei Tuberkulosekampftage unentbehrlich sein wird, die von der Sowjetunion veranstaltet werden mit der Parole **Gesundung der Arbeits- und Lebensbedingungen!** In einer solchen Kampagne ist es wichtig, nicht nur Ausschnitte aus Krankheitsgeschichten zu zeigen, sondern, wie es in dem Film geschieht, das ganze Tuberkuloseproblem in seinen sozialen, ökonomischen und hygienischen Zusammenhängen aufzurollen und in erschütternden Bildern und Schicksalen vor die Zuschauer resp. Hörer hinzustellen, sie durch den Film zur Aktivität und Selbsthilfe aufzurütteln.

Aber auch außerhalb einer solchen speziellen Kampagne wird dieser Film seine besondere Wirkung auslösen. Die Zuschauer kommen, einen Spielplan anzusehen, erwarten nichts weiter, sehen einen interessanten, stellenweise hinreißenden Film und werden dabei, ob sie wollen oder nicht, über die verheerende, gesahrdrohende Krankheit aufgeklärt, lernen sie als soziales Unheil erkennen, lernen, wie sie zu bekämpfen und zu überwinden sei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250211-19/fragment/page=0006

Krankenkassenwähler

fordert von Euren Arbeitgebern Wahlausweise zur Krankenkassenwahl und wählt am Sonnabend die

Liste 1 (Höcker)

Ein rabiater Auch-Pädagoge

Halle ist bekanntlich nicht arm an Prügelpädagogen, gegen die nichts unternommen wird, obwohl sie zu einer wirklichen Erziehungsarbeit vollständig unfähig sind und wir schon des öfteren haarsträubendes Material der Oeffentlichkeit übergaben.

Ein Musterexemplar von einem Prügelpädagogen ist der Lehrer Herbst, der an der Friesenschule seine „segensreiche" Tätigkeit als „Erzieher" entfaltet. Bei diesem Herrn ist es keine Seltenheit, daß Arbeiterkinder blutig geschlagen werden. So schlug der Betreffende Lehrer, der übrigens auch Mitglied des „Stahlhelms" sein soll, den 13jährigen Schüler Werner Aehle auf eine geradezu barbarische Art und Weise, ohne daß der Schüler auch nur das Geringste verbrochen hätte. Der Schüler wurde durch diese schurkische Behandlung dazu gezwungen, etwas zu gestehen, was er gar nicht getan hatte. Hier das ärztliche Zeugnis über die unerhörte Züchtigung eines 13jährigen durch seinen „Erzieher":

Dr. med. Bernhard Zorn. Halle a. S., den 9. Februar.

Zeugnis.

Der Schüler Werner Aehle, Halle, Sophienstraße 40, ist heute von mir auf Wunsch seiner Angehörigen untersucht worden. Er gibt an, heute vormittag von seinem Lehrer unter dem Vorwande, Geld entwendet zu haben, gezüchtigt worden zu sein. Die Untersuchung ergab eine schräg über das Kreuzbein und Gesäß verlaufende 10 Zentimeter lange Hautschwiele, sowie eine Blutblase auf dem rechten Daumenballen von 2 Zentimeter Länge und fast ¾ Zentimeter Breite. Beide Verletzungen sind offenbar auf Stockschläge zurückzuführen. Die Blutblase mußte, um die Schmerzen zu vermindern, geöffnet werden. Was die Züchtigung besonders schwerwiegend macht, ist der Umstand, daß es sich um einen sehr nervösen Schüler handelt, der aus Einschüchterung und Angst ein Schuldgeständnis gemacht hat für eine Tat, an der er nach seiner Angabe überhaupt nicht beteiligt war. Dr. Zorn.

Der Grund zu dieser Züchtigung liegt nur zu offen zutage, wenn man weiß, daß A. vom Religionsunterricht befreit war. Das paßte dem Herrn Herbst nicht.

Als am Tage nach der Züchtigung der 23jährige Bruder im Auftrage des Vaters des Geschlagenen sich bei H. beschweren wollte, wurde er von diesem grob angefahren. Zu dem 23jährigen verheirateten Mann sagte H.: „Dummer Junge" usw. Der Rektor Rothe, zu dem der Bruder des barbarisch Zugerichteten mit H. ging, behandelte den 23jährigen auch kaum anders. Der Lehrer äußerte dabei: **„Der hat 'nen Vogel."**

Arbeitereltern! Die Zustände an den hallischen Schulen schreien zum Himmel. Da muß Abhilfe geschaffen werden. Proletarierelternl Laßt es Euch nicht länger bieten, daß man Eure Kinder in sogenannten „Erziehungs"häusern von Auch-Lehrern, die gar kein Verantwortungsgefühl gegenüber der ihnen anvertrauten Kinder und deren Eltern haben, zu Krüppeln geschlagen werden. Fordert Amtsenthebung des Prügelpädagogen Herbst!

---

* **Proletarische Tribüne.** Am Freitag, dem 13. Februar, abends 8 Uhr, findet der dritte Vortrags- und Kunstabend vom Verlag „Das Wort" im „Volkspark" statt. Der Ueberschuß dieser Veranstaltung soll der erkrankten Dichterin Hermynia Zur Mühlen überwiesen werden. Die proletarische Tribüne hat sich uneigennützig in den Dienst dieser Hilfsaktion gestellt und erwartet einen guten Besuch. — Als nächste Veranstaltung führt die Vereinigung am Freitag, dem 27. Februar, abends 8 Uhr, im „Volkspark" drei Bilder aus „Horthys Lager" von Andor Gabor auf. Programme zu diesen beiden Veranstaltungen sind in den Bezirksbuchhandlungen am Harz und in der Lerchenfeldstraße, in den Verkaufsstellen des Allgemeinen Konsumvereins, im Friseurgeschäft Kuschbauch, sowie bei sämtlichen Mitgliedern der Vereinigung zu haben. Es empfiehlt sich, von dem Vorverkauf regen Gebrauch zu machen, da für beide Veranstaltungen ein reges Interesse vorhanden ist, eine Wiederholung aber nicht möglich sein dürfte.

* **Die Auszahlung der Zusatzrenten für Kriegshinterbliebene** für den Monat Februar erfolgt gegen Vorzeigung der Ausweiskarten beim städtischen Jugendamt vom 13. bis 17. Februar von 9 bis 12 Uhr vormittags, und zwar für die Buchstaben A—G am Freitag, dem 13. Februar, für die Buchstaben H—L am Sonnabend, dem 14. Februar, für die Buchstaben M—S am Montag, dem 16. Febr., für die Buchstaben St. Sch.—Z am Dienstag, dem 17. Februar. — Für die Buchstaben A, B, C, H, M und Sch erfolgt Auszahlung an der Kasse des Jugendamtes, Zimmer 130, während die Auszahlung für die anderen Buchstaben Rathausstraße 6, I, Zimmer 11, erfolgt. Zur Vermeidung unnötigen Andranges ist die Innehaltung der angegebenen Tage dringend geboten. — Die Auszahlung der Zusatzrenten an empfangsberechtigte **Kriegsbeschädigte** findet für die Buchstaben A—K am Freitag, dem 13., und für die Buchstaben L—Z am Sonnabend, dem 14. Februar, beim Fürsorgeamt, Zimmer 14, statt.

* **Unsere kommunalpolitische Beilage** kann Umstände halber auch heute noch nicht erscheinen.

* **Ein Kind vor der Straßenbahn überfahren.** Gestern nachmittag, kurz vor 5 Uhr, wurde ein Kind an einer der gefährlichen Verkehrsstellen, die Halle übergenug hat, von der Straßenbahn überfahren. Als ein Straßenbahnwagen der Linie 7 vom Wettiner Platz in die Rich.-Wagner-Straße einbiegen wollte, lief ein kleines Mädchen im Alter von 5 oder 6 Jahren vor den Straßenbahnwagen. Der Wagenführer konnte den Wagen nicht mehr zum Stehen bringen. Das Mädchen wurde umgerissen und überfahren. Die alarmierte Feuerwehr konnte das Kind nur als Leiche unter dem Wagen hervorziehen.

Kreiskrankenauto für den Saalkreis

Man schreibt uns:

Auf Antrag der kommunistischen Fraktion ist nunmehr im Saalkreis ein großes Uebel beseitigt. Bei vorkommenden Unglücksfällen und plötzlich eintretenden schweren Krankheiten hatte man in unserem Kreise keine Möglichkeit, die Kranken auf schnellstem Wege in ein Krankenhaus zu schaffen. Sind doch Fälle vorgekommen, wo man in einzelnen Orten Transporte abgelehnt hat oder aber Transportmittel verwandte, die nicht geeignet waren, einen Schwerkranken fortzuschaffen. Dieses Uebel ist jetzt beseitigt. Bei vorkommenden Fällen müssen unsere Genossen sofort Telephon-Nummer 1132 oder 6702 anrufen. Das neue Kreiskrankenauto, welches jeden Saalkreiseinwohner befördert, befindet sich im Landratsamt Halle, Luisenstraße 6

Aus der Partei

Ausschlüsse aus der Partei!

In der Nacht vom 7. zum 8. Februar haben einige Rote Frontkämpfer, unter denen auch Mitglieder der Partei waren, in Ammendorf sich im Lokal „Goldner Adler" rüpelhaft benommen und später das Lokal mit Pflastersteinen bombardiert. Das Verhalten der Genossen ist derart skandalös und erinnert derart an Wild-West-Manieren, daß die Bezirksleitung den sofortigen Ausschluß der Genossen aus der Partei beschlossen hat.

Die Namen der Ausgeschlossenen werden öffentlich nicht bekanntgegeben, um die Leute der Polizei nicht auszuliefern. Die Partei erklärt, daß sie mit solchen Radauhelden nichts zu tun hat.

Bez. KPD. Halle-Merseburg.

An die Ortsgruppen im Saalkreis! Die Genossin Berend-Groß hat sich uns auch für Sonnabend und Sonntag zur Verfügung gestellt. Ortsgruppen, die in der Lage sind, an einem der beiden Tage (Sonntag auch nachmittags) einen Kunstabend veranstalten zu können, wollen sofort der Bezirksleitung, Telephon 1473, Mitteilung machen.

Bezirksleitung Halle-Merseburg.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistische Jugend, Halle. Heute, Mittwoch, abend ½8 Uhr: **Funktionärkursus.** — Morgen, Donnerstag: Gruppenabend (Fortsetzung der Fragezeltelbiskussion). — Freitag: Beteiligung am Ehrenabend für Hermynia Zur Mühlen.

Erwerbslose, heraus zum Protest!

Am Donnerstag, dem 12. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet im „Volkspark" eine

Oeffentliche Erwerbslosen-Versammlung

statt. Thema:

1. **Das schamlose Verhalten des Magistrats gegenüber unseren Forderungen.**
2. **Der Unglücksfall im Hafen Trotha und was sagen die Notstandsarbeiter dazu?**

Erwerbslose Männer und Frauen! Erscheint alle zu dieser Versammlung. Beweist dem Magistrat, daß Ihr nicht länger gewillt seid, Euch an der Nase herumführen zu lassen.

Der Erwerbslosenrat.

Nietleben

Donnerstag, abends 8 Uhr, im Lokal „Zur Sonne"

große öffentliche Volksversammlung

Thema:

Monarchistenregierung im Reiche und Preußen. Was nun?

Ausschlüsse aus dem „Roten Frontkämpfer-Bund"!

Der RFB. schreibt uns:

Die Mitglieder des RFB., die in der Nacht vom 7. zum 8. Februar in und vor dem Lokal „Goldner Adler" unerhörten Unfug getrieben haben, sind hiermit ausgeschlossen. Der RFB. läßt derartige Burschen in seinen Reihen nicht zu. Die Namen der Ausgeschlossenen geben wir der Polizei und dem Staatsanwalt nicht an. Deshalb unterbleibt die Veröffentlichung der Namen.

Bezirksvorstand des RFB. Halle-Merseburg.

Neues vom Tage

Wieder eine sozialdemokratische Sparkassenaffäre

Gegen den Ilmenauer Gemeindevorstand Brauer ist ein Dienststrafverfahren eingeleitet worden, dessen Ursachen in leichtfertiger Kreditgewährung der Ilmenauer Stadtsparkasse zu suchen sind. Die Angelegenheit beschäftigt schon seit Monaten die öffentliche Meinung in Ilmenau, ohne daß bisher bestimmte Einzelheiten bekannt wurden. Es handelt sich um Verluste der Sparkasse in ungefährer Höhe von 20000 Mark. Die ganze Affäre paßt recht gut in das allgemeine Bild. Die in der Hauptsache in Frage kommenden Schuldner der Ilmenauer Sparkasse sind Parteifreunde des vom Tabakarbeiter und späteren Konsumvereins-Lagerhalter über den Posten eines sozialdemokratischen Parteisekretärs zum Gemeindevorstand emporgeklettert Herrn Brauer. In einem Falle soll die Kreditgewährung von dem Erwerb eines sozialdemokratischen Parteimitgliedsbuches abhängig gemacht worden sein. Dem Tabak- und Zigarrengroßhändler Schm., der im Laufe eines Jahres von der Sparkasse einen Kredit in Höhe von 70000 Mk. erhielt, wurde, als er sich im Mai 1924 wieder in Geldschwierigkeiten befand, von Brauer klargemacht, daß die Sache „glatter" ginge, wenn er der Sozialdemokratischen Partei beitrete. Darauf wurde der Großhändler Schm. tatsächlich Sozialdemokrat (sein Parteimitgliedsbuch trägt das Datum vom 1. Juli 1924) und die Sache ging. Es wird versichert, daß Schm. seine Angaben in dem Dienststrafverfahren gegen den Gemeindevorstand beeiden will. Schm. geriet schließlich in Konkurs und die Sparkasse hat 40000 Mk. eingebüßt. Sie leistete sich den Scherz, Schm. zu verklagen, als er unter Geschäftsaufsicht stand, wofür sie 1800 Mk. Gerichts- und Anwaltskosten aufbringen darf. Im Konkurs einer Etui- und Wollwarenfabrik, deren Inhaber mit dem Herrn Gemeindevorstand auf freundschaftlichem Fuße verkehrte, büßt die Sparkasse 50000 Mk. ein, und bei einem Holzhändler, der zwar den Offenbarungseid geleistet hatte, trotzdem aber das Vertrauen der Sparkasse genoß, kommt diese anscheinend mit einem Verlust von 15000 Mk. davon. Die ganze Kreditaffäre hat zwar zur Entlassung des Sparkassen-Direktors geführt, doch wäre es verfehlt, in ihm den allein Schuldigen jehen zu wollen. Verantwortlich sind zum mindesten der Sparkassenausschuß, der die Geschäftsführung der Kasse zu überwachen hatte, und der Vorstand mit Herrn Brauer an der Spitze. Verantwortlich für alle Skandalesfären der letzten Zeit ist aber insbesondere das kapitalistische System, das sich krampfhaft an der Macht zu halten versucht. Bezeichnend ist, daß gerade die SPD. in alle diese Korruptionsaffären verwickelt ist, ja, an führender Stelle steht.

---

21 619 Straßenunfälle in einem Jahr. Nach einer Statistik der Polizeibehörde ereigneten sich in London im Jahre 1924 21 619 Straßenunfälle, von denen 238 tödlich verliefen. Im Vorjahre 1923: 18 593 Unfälle, von denen 189 tödlich verliefen.

Für Litauen bestimmte Waffensendungen festgehalten. Im Neapeler Hafen wurden 50 Eisenbahnwagen angehalten, die mit 50 000 Gewehren und 8 Millionen Patronenhülsen beladen waren und von deren Bestimmung den Behörden nichts bekannt war. Später stellte es sich heraus, daß die Munition von der Regierung von Litauen in Italien für 30 Millionen Lire bestellt worden war. Daraufhin wurde die Verladung der Sendung auf die Schiffe von den Behörden freigegeben. — Aera des Pazifismus!

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh Halle Lerchenfeldstraße 14.

Meß-Mord

20 Roman von **Jim Dollar**

„Ich fühle mich so schlecht," flüsterte sie leise, „mir ist so übel . . ."

Der Unbekannte brachte eine Schachtel mit runden, hellblauen Pillen zum Vorschein und reichte sie Kaisa. Fast mechanisch nahm sie ein Kügelchen und legte es sich in den Mund. In der nächsten Sekunde durchzuckte sie ein furchtbarer Krampf, und die Unglückliche stürzte kopfüber in einen Graben. Der Mann sprang ihr nach, überzeugte sich, daß sie tot sei und bedeckte den Körper mit trockenem Reisig.

Dann warf er prüfende Blicke um sich, trat hinter einen Baumstamm und verschwand. Alles blieb öde und leer wie vordem. Die Espen raschelten. In der Hudson-Bay lag ein einsamer, mit Holz beladener Kahn.

Dr. Lepsius sieht die Hand

„Toby," rief Dr. Lepsius, in sein Zimmer tretend, „wo steckt dieser schläfrige Fisch, dieser Pinguin, dieser ekelhafte Mulatte, diese Mumie Toby! — Toby!"

Der schweigsame Mulatte tauchte von irgendwoher auf und stand nun vor dem Doktor mit dem Ausdruck der grenzenlosesten Gleichgültigkeit.

„Toby, nimm den Schlüssel, — wir gehen zu Sr. Majestät, Bugas dem Einunddreißigsten. Und wenn Du wie ein krepierter Fisch mit offenem Maul schlafen wirst, dann steck ich Dir Pulver in den Schlund und bringe Dich mitsamt Deinen Eingeweiden zur Explosion!"

Dr. Lepsius war schon den ganzen Tag in schlechter Stimmung. Seine Wirtschafterin, Miß Smoll, erklärte ihm, daß sie sich einen neuen Hörapparat aus Deutschland verschrieben habe und daß sie jetzt — dem Himmel sei's gedankt — ebensogut hören könnte wie alle anderen Menschen. Miß Smoll gab sogar dem Doktor zu verstehen, daß sie sich jetzt als heiratsfähig betrachte.

Wenn man den Glockenturm der Kirche der „Vierzig Märtyrer" mit einem Motor von 1000 PS versehen hätte — wäre die nervöse Erschütterung des Doktors gewiß nicht schlimmer gewesen als diejenige, die ihm seine sprechende, hörende und heiratsfähige Wirtschafterin zugefügt hatte. Und dieses Pech hatte er gerade in dem Augenblick, als seine Entdeckung sich aus einer strahlenden genialen Hypothese in eine zweifellose Tatsache zu verwandeln begann, als ihm nichts übrigblieb, als sein Beobachtungsmaterial zu vergrößern und die vorhandenen Facta zu kombinieren.

Mit ärgerlichen Schritten stieg Lepsius in die zweite Etage, folgte Toby in den leeren Hof, den der Leser schon kennt und blieb vor der verschlossenen Garage stehen. Diesmal gelangten sie ungestört in das Innere; zuerst Toby, dann der Doktor; die Tür wurde von innen wieder verschlossen.

Sie befanden sich in einem großen Raum, in dem eine Treibhausluft herrschte. Der Boden war mit dicker Sandschicht bedeckt, die Decke leuchtete von Hunderten von elektrischen Lämpchen, längsder Wände standen Holzkübel mit Araukarien und gigantischen Palmen. Von der Mitte der Decke hingen gymnastische Apparate herab, — ein Trapez, eine Schaukel, Ringe u. a.

„Bugas, Bugas!" rief der Doktor, indem er mit einem Fläschchen winkte, das er seiner Tasche entnommen hatte.

Gleich darauf ertönte aus der Tiefe des Raumes ein wütendes Krächzen, jemand erhob sich von einem Strohlager und ein Mann von mittlerem Wuchs kam auf sie zu. Dieser Mann war ein Indianer. Die rote Hautfarbe, der Ring in der Nase, der rote, tätowierte Körper und die geraden Züge ließen nicht den geringsten Zweifel aufkommen.

Vor Lepsius angelangt, schüttelte er stolz seinen mit Federn geschmückten Kopf, ergriff die Flasche, entfernte gewandt den Pfropfen und leerte sie mit einem Zuge. Dann kehrte er seinen Besuchern den Rücken und begann zu tanzen, sich zu schütteln, mit allen seinen Gliedern zu strampeln.

Dr. Lepsius wendete den Blick nicht von seinen Bewegungen ab. Im ersten Augenblick schien sie ganz gewöhnlich zu sein. Aber ein aufmerksamer Beobachter hätte bald zwei auffällige Symptome bemerkt: der Rücken des schlanken Indianers bog sich nicht an der Stelle der Schulterblätter, sondern tiefer unten, am Becken, wie bei einer wütenden Katze. In diesen Momenten fielen beide Arme des Mannes schlaff fast zum Boden herab.

Dann holte Lepsius ein zweites Fläschchen hervor, reichte es Toby und wies ihn mit dem Blick auf das Trapez. Toby nahm schweigend die Flasche in den Mund, kletterte auf eine Stange hinauf, setzte sich rücklings auf das Trapez und begann mit der Flasche zu spielen. Während er hinaufkletterte, beobachtete ihn der Indianer mit wütenden, roten Augen. Aber als Toby oben angelangt war, schien er den Indianer nicht mehr zu interessieren. Dieser senkte den Kopf und stand regungslos da.

„Bugas. Bugas!" lachte ihn Toby an.

Alles vergeblich. Bugas sah ihn nicht mehr an.

„Bugas! Schau mal her, Du kriegst die Flasche", sprach Dr. Lepsius freundlich auf ihn ein. Aber alles umsonst. Der Indianer schien in seinem Eigensinn zu verharren. Er warf keinen Blick auf die Flasche.

Toby warf jetzt die Flasche dem Doktor zu und dieser reichte sie dem Indianer. Während Bugas sie gierig entleerte, schlich der Doktor hinter seinen Rücken, holte eine Lupe hervor und begann sein Rückgrat, angefangen vom Becken, mit der größten Sorgfalt zu untersuchen. Dann klopfte er ihm auf die Schulter, nickte Toby zu und verließ die Garage.

Das Gesicht des Dr. Lepsius klärte sich auf. Die drei zu seiner Nase führenden Stufen bildeten einen zufriedenen Knäuel.

„Toby," sagte er, in seinem Zirmer angelangt, „wenn Du Dir das viele Schlafen nicht abgewöhnst, verheirate ich Dich mit Miß Smoll. Und wenn Du wieder drüben zu dem Konditor laufen und mit ihm allerlei Gespräche führen wirst, dann verkaufe ich Dich als Kanonenfutter an das Kriegsministerium. Gib mir Mantel, Hut und Stock."

Lepsius zog sich rasch an, verließ das Haus, bestieg das wartende Auto und befahl dem Chauffeur, zum Dr. Bentrowato zu fahren, der eine vorbildliche Klinik und ein Röntgenkabinett hatte.

Dr. Lepsius machte den Weg nicht gern. Er fürchtete, daß man ihm seine Entdeckung vor der Nase wegschnappen würde. Etwas vor sich hinbrummend, stieg Lepsius die Treppe hinauf und geriet in die Hände von zwei jungen Damen, die mit Notizblock bewaffnet waren.

„Vierzig", sagte die eine.

„Hier", bestätigte die andere und hielt ihm einen Kasten hin, der mit Geld vollgepfropft war.

„Meine Teuren," erwiderte Lepsius weich, „ich nehme mehr."

Und er schob sie beiseite und ging geradeswegs in das Empfangszimmer seines Kollegen.

Dr. Bentrowato empfing gerade seine Patienten. Zahlreiche Menschen warteten, bis die Reihe an sie kam und unterhielten sich auf verschiedenerlei Weise: die einen lasen, die anderen spielten, Domino; es gab hier Spielzeug für Kinder, Material zum Sticken und Häkeln, Erfrischungen.

Im Empfangszimmer war es halbdunkel. Hinter einem chinesischen Wandschirm stand ein Mann, der gerade röntgenesiert wurde. Lepsius konne seine Gestalt nicht erkennen, er sah nur den Schatten eines mittelgroßen, länglichen Kopfes und eine Hand, die lässig von der Stuhllehne herabhing.

Lepsius nahm gleichgültig in einem Sessel Platz und wartete auf das Ende der Untersuchung. Ein wenig gelangweilt, blickte er bald hier hin, bald dort hin und verspürte dabei einen unnatürlichen Gähnzwang. Plötzlich fiel sein Blick zufällig auf die erwähnte Hand.

„Donnerwetter . . . Wo habe ich denn diese Hand gesehen? Wo habe ich diese magere, schwächliche Hand mit den ein wenig geschwollenen Gelenken gesehen?"

Aber so sehr er auch sein Gedächtnis anstrengte, — er konnte sich nicht darauf besinnen. Die Finger hingen noch immer kraftlos herab, aber plötzlich krallten sie sich zusammen, als wenn sie nach etwas griffen, — dann verschwand die Hand.

Dr. Bentrowato ließ seinen Patienten durch eine Seitentür heraus.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250211-19/fragment/page=0007

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Der Schwindel mit den Pensionskassen

Die Krupp-Arbeiter um 33⅓ Millionen Goldmark betrogen

Die Kanonenfirma Krupp, die, während die Proleten an den Fronten des imperialistischen Krieges Leben und Gesundheit lassen mußten, ungeheure Kriegsgewinne und auch in der Nachkriegszeit ungeheure Inflationsgewinne einheimste, hat an den Pensionären der Kruppschen Werkspensionskasse einen ungeheuren Raub vorgenommen. Seit dem Jahre 1884 hat die Krupp-Firma eine „Arbeiterpensionskasse". Eine solche Einrichtung soll eine Wohltätigkeitseinrichtung für die Arbeiter sein. In Wirklichkeit entpuppte sich diese Einrichtung als ein grandioser Betrug an den Arbeitern. Jeder Arbeiter — es gab 1914 durchschnittlich 38 589 Mitglieder — mußte der Pensionskasse angehören. Als Eintrittsgeld hatte er den 1½fachen Tagesverdienst und 2½ Prozent des Lohnes als Beitrag zu entrichten. Und so wurde bis zum 31. Dezember 1914 ein Vermögen von 33⅓ Millionen Mark in der Pensionskasse angesammelt.

Am 1. Dezember 1923 wurde die Pensionskasse auf Antrag der Firma geschlossen. Das Vermögen soll in der Inflation verlorengegangen sein. (!) Dabei ist klar, daß die Riesensumme stets werbend im Betrieb angelegt und in Sachwerten festgelegt war, also gar nicht durch Inflation verlorengehen konnte. Es betrug am 1. Oktober noch 400 Millionen Papiermark.

Während sich Millionen auf Millionen Mark jährlich ansammelten, wurden 1914 ganze 2½ Millionen Mark an Pensionen ausbezahlt. Schon 1918 rebellierten die Kruppsarbeiter gegen die Zwangspensionierung, bei der jeder Arbeiter, der das Arbeitsverhältnis löst oder von der Firma entlassen wird, seiner Rechte verlustig geht. Eine Klage gegen das Betrugssystem des Kanonenkrupps entschied zugunsten des Ausbeuters, und die schwarztrotgoldene Republik hat an diesem System nichts geändert. Ebert erließ erst vor einigen Tagen eine Verordnung, daß die Aufwertung aus Gründen der Vermeidung einer Inflation zu unterbleiben habe.

Werkspensionskassen sind ein Fangeisen für den Proleten. Sie sollen den Proleten, bei Strafe des Verlustes seiner eingezahlten Beiträge, an den Betrieb fesseln, auch wenn Lohndruck und schikanöse Behandlung, ein brutales Antreibersystem ihm das Weiterbleiben im Betrieb schier unmöglich machen.

Werkspensionskassen sollen den Wirtschaftsfrieden fördern, die Harmonie zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten herstellen, die Grundlagen für Werksgemeinschaften abgeben. Das Ende aber ist ein maßloser Betrug.

Aber jeder Arbeiter muß daraus lernen. Mit den Betriebskrankenkassen versucht das Unternehmertum denselben Zweck. — Keine Unterstützung, Kampf dieser Institutionen muß die Losung der Arbeiter sein. Unerbittlichen Kampf der Bourgeoisie und ihrer schwarztrotgoldenen Lakaien muß die Antwort auf den Millionen betrug der Arbeiter sein!

Ein kapitalistisches Urteil

Unternehmer haben das „Recht", Schiedssprüche nicht einzuhalten

Die bürgerliche „Korrespondenz für Kommunalwesen" veröffentlicht folgende Notiz mit einem für alle Gewerkschafter äußerst wichtigen Gerichtsurteil:

„Eine auf dem Gebiete des Arbeitsrechts höchst wichtige Entscheidung hat jetzt das Landgericht Leipzig als Berufungsinstanz gefällt. Es handelte sich um folgenden Tatbestand: Im Februar und März 1924 fand in Leipzig ein Streik der Metallarbeiter statt, der mit einem Schiedsspruch des Leipziger Schlichtungsausschusses endete, worin u. a. über die Wiederaufnahme der Arbeit folgendes ausgeführt wurde: **Die Wiedereinstellung erfolgt nach Möglichkeit sofort. Die Teilnahme am Streik als solche darf kein Grund sein, die Wiedereinstellung einzelner Arbeiter abzulehnen.** Der Streik gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses."

Auf Grund dieses Schiedsspruches klagten Arbeiter, die gestreikt hatten, auf Wiedereinstellung bei ihrer Firma. Aber sowohl das Gewerbegericht der Stadt Leipzig als auch die Berufungskammer des dortigen Landgerichts wiesen die Klage ab. Hierbei folgten beide Instanzen der von Professor Dr. Kaskel-Berlin hinsichtlich der tarifvertraglichen Vereinbarungen vertretenen sogenannten Verbandstheorie, nach der ein Arbeiter, der wegen seines Verhalten während eines Streiks nach dessen Beendigung nicht wieder eingestellt wird, obgleich der Tarifvertrag Maßregelungen verbietet, die Wiedereinstellung nicht von seinem früheren Arbeitgeber erzwingen, sondern nur vom Verbande eine entsprechende Einwirkung auf den Arbeitgeber verlangen kann. Ebensowenig kann ein Arbeitgeber von seinen früheren Arbeitnehmern trotz entsprechender schriftlicher Bestimmungen die Wiederaufnahme der Arbeit fordern, er kann nur vom Gegenverband eine dahingehende Einwirkung verlangen. **Das Gericht kam daher zu dem Ergebnis, daß eine Verpflichtung der Firma zur Wiedereinstellung auf Grund des Schiedsspruches nicht bestand."**

Rücksichtsloser kann das „Recht" nicht mehr in Unrecht verdreht werden. Dieses Urteil entlarvt dokumentarisch die ganze in der deutschen Republik geübte Praxis der Fällung von Schiedssprüchen in Arbeitsstreitigkeiten als den von den klassenbewußten Arbeitern längst erkannten Schwindel, der lediglich den einen Zweck hat, die Arbeiter zu binden und am Kampf zu hindern, den Unternehmern aber alle Freiheiten, ja selbst das „Recht" des Vertrbruches gibt. Nur die Gewerkschaftsführer sind es, die sich noch an die Schiedssprüche gebunden halten und stets auf Ausnützung einer für die Arbeiter günstigen Situation verzichten und die Arbeiter am Kampf aus „rechtlichen Gründen" hindern.

Bekommt dieser Leipziger Spruch Allgemeingültigkeit, was sehr wahrscheinlich ist, muß auch dem letzten Arbeiter der Schleier von den Augen fallen und er begreifen, daß alle Hoffnung, mit „friedlichen", reformistischen Mitteln seine Lage bessern zu können, vergebens ist, und daß nur der Kampf, der rücksichtslose, revolutionäre Klassenkampf, geeignet ist, die kapitalistische Ausbeutung zu beseitigen und für das Proletariat menschenwürdige Verhältnisse zu erzwingen.

Kampf für den Achtstundentag durch — Scherenschnitte

(Von einem Arbeiterkorrespondenten)

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ist „revolutionär". Mit unnachahmlicher Begeisterung steht er auf dem Boden des „Klassenkampfes" und versucht „mit aller Kraft das gesamte Proletariat für den Kampf um den Achtstundentag" zu sammeln. O ja, der ADGB. strotzt von glühendem Kampfeswillen. Wer's nicht glaubt und wer so frech sein sollte, diese lohenden Gefühle anzuzweifeln, lese die „Metallarbeiterjugend" Nr. 5 vom 31. Januar. Weil wir Interesse haben, dieses für das gesamte Proletariat so außerordentlich wichtige Dokument „auftechten gewerkschaftlichen Klassenkampfes" allen Werktätigen zur Kenntnis zu geben, sehen wir uns veranlaßt, einige Auszüge aus diesem Schriftstück abzudrucken:

Achtstundentagpropaganda durch Postkarten

Etwas langsam zwar, aber doch sicher kommen wir auch in der deutschen Arbeiterbewegung dazu, die Mittel zur Förderung unserer Ideen in Anwendung zu bringen, die sich in anderen Ländern längst als wirksam erwiesen haben. Von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin, sind Scherenschnitte herausgegeben, die künstlerisch einwandfrei sind in Zeichnung und Text durchaus geeignet sind, Augen und Sinne auf die kulturelle Bedeutung des Achtstundentages hinzulenken. Denkende Arbeiter sollten sich der Karten bei jeder Gelegenheit bedienen, um Gleichgültige aufzurütteln.

Ein Kommentar wäre tatsächlich überflüssig. Wenn wir dazu aber einige Bemerkungen machen, so aus dem Grunde, weil diese wenigen Worte klar und eindeutig wieder einmal die Tendenzen des Gewerkschaftsbureaukratismus aufzeigen. Die Gewerkschaftsführer haben kein Interesse daran — und sie können ja auch kein Interesse haben, weil sie mit der Politik der bürgerlichen SPD. eng verbunden sind —, wirklich die breite Masse des Proletariats zum Kampf für den Achtstundentag zu mobilisieren, sondern sie sehen ihre Aufgabe darin, **durch „künstlerisch einwandfreie" Zeichnungen die Arbeiterschaft auf die Bedeutung des Achtstundentages hinzuweisen.** Ja, sie verlangen von den „denkenden" Arbeitern, die Gleichgültigen durch „in Zeichnung durchaus geeignete" kleine Bildchen, an deren sich die dummen Proleten ergötzen und erbauen sollen, diese aufzurütteln.

Wahrlich: Eine „revolutionäre" Tätigkeit. Mit dem Marxismus durchaus übereinstimmend. Wenn diese Frage nicht so überaus ernst wäre, müßte man lachen. Mit beißender Ironie verhöhnen die Gewerkschaftsführer die Forderungen des Proletariats. Und das Proletariat? Müde und passiv fühlt es scheinbar gar nicht diese Verhöhnung. An diesem Beispiel können wir ersehen, wie notwendig es ist, daß jetzt endlich mit aller Kraft an die Revolutionierung der Gewerkschaften herangegangen werden muß.

Ein Pyrrhussieg der Amsterdamer in Zeitz

(Von unserem gewerkschaftl. Berichterstatter)

Mit schwerem Herzen sah die Amsterdamer Gewerkschaftsbureaukratie des **Zeitzer Metallarbeiterverbandes** der letzten Generalversammlung entgegen. Aber der bittere Kelch ging noch einmal glücklich vorüber. Für ein Jahr war man wieder einmal gerettet. Man hatte alles zusammengetrommelt, was nur krabbeln konnte. Die Reichsbannerleute schwirrten noch 10 Uhr abends noch in der Stadt herum und suchten die Schäfchen zusammen.

Echt Barmat-SPD.

Sozialdemokrat Liebe, Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Dresdener Bezirk, ist wegen unrechtmäßiger Liquidation von Reisespesen seines Postens enthoben worden.

Wer ist Liebe?

Derselbe, der nach den protokollarisch festgelegten Feststellungen des Stuttgarter Verbandstages seinen Kollegen Schäfer, damals Kassierer in Leipzig, jetzt Kassierer im Hauptvorstand des DMV., den Militärbehörden denunzierte.

Liebe, als strammer Durchhaltesozialdemokrat, wollte den damals als Unabhängigen, gegen den Krieg agitierenden Schäfer für die Ludendorffer unschädlich machen. Deshalb lai er das Gemeinste, was möglich ist, er denunzierte Schäfer den Militärbehörden Wilhelms!

Unter dem Regime Robert Dißmanns und Schäfers konnte natürlich dieser edle Liebe ruhig weiter seine Verbandsfunktionen behalten. Jetzt, nachdem er auf diese Weise aus dem Bezirk heraus mußte, erfahren wir, daß er in Stuttgart im DMV. ein neues Unterkommen gefunden hat!

Die ehrenwollen Denunziantendienste für das Vaterland sind offenbar der Grund, daß sich die Sozialdemokratie seiner erbarmatet! Das ist echt SPD.!

Um die Sache richtig zu „schmeißen", fand vorher eine sogenannte Vertrauensmännersitzung statt, zu der nur zwei oppositionelle Kollegen geladen waren. Die andern hatte man „vergessen". Ob Redakteur Franken („Volksbote") auch Vertrauensmann ist? Kollege Müller eröffnete die Generalversammlung. Kollege Goldstein gab den Kassenbericht vom vergangenen Jahre. Dieser zeigt, daß sich die finanziellen Geschäfte des Metallarbeiterverbandes etwas geändert haben. Kollege Kruschwitz erteilte Entlastung. Kollege Müller gab dann den Jahresbericht. Er hielt sich ziemlich kurz, erzählte sehr viel von Schwierigkeiten, die die Unternehmer bei Lohnverhandlungen machten. Wer wundert sich darüber? Trägt doch die Burgfriedenspolitik dazu bei. Es wurden 17 Lohnverhandlungen durchgeführt. Viel wurde nicht erzielt. Man schob die Schuld den Kollegen in den Betrieben zu. Wir sind anderer Meinung. Er stellte genau wie Goldstein fest, daß eine Aufwärtsbewegung in der Organisation zu verzeichnen ist. Nun hätte eigentlich die Aussprache zu den Ausführungen von Müller und Goldstein stattfinden müssen. Aber Müller wandte seinen alten beliebten Trick an: Er erzählte, daß ihr die Kollegen darum gebeten hätten, die Abstimmung sofort vornehmen zu lassen, weil sie denn nicht mehr mit der Bahn fortkämen. Der Kollege Benkwitz sprach dagegen. Er drang aber nicht durch. Die Abstimmung ergab von 389 anwesenden Kollegen 291 Stimmen für Amsterdam und 94 für die revolutionäre Gewerkschaftseinheit. Müller hatte gesiegt, machte aber große Augen, daß 94 „Bentwitzerchen" in Zeitz vorhanden sind. Das nächste Mal wird es noch besser! Auch ins Kartell wurden nur Reformisten gewählt.

In der Diskussion rechnete Kollege Bentwitz in sachlicher, scharfer Weise mit der Gewerkschaftsbureaukratie ab. Von Müller wurde er einige Male unterbrochen. Am liebsten hätte Müller ihn überhaupt nicht sprechen lassen. Nachdem Kollege Bentwitz noch die von der Opposition eingereichten Anträge begründet hatte (gewerkschaftliche Einheit und Amnestie) und die Anträge der Ortsverwaltung in ihrer demagogischen Entstellung zerpflückt hatte, sprach Franken (SPD.). Er konnte nicht viel vorbringen und mußte dem Kollegen Bentwitz in allem recht geben. Er brauchte einige große Weisheiten vor. Unter anderem: In Rußland wären Betriebsversammlungen verboten. Franken muß es ja wissen. Dann kam der Betriebssekretär Dietrich. Er bekannte sich als der geistige Vater des Nachtrages auf den Amnestieantrag, der gegen Rußland gerichtet war. Aber das entpuppte sich als Schwindel. Denn Jiska (Berlin) hat den Mist verzapft. Die Zeitzer Filiale meckert es nach. Er ritt dann noch die alte verbrauchte Georgienwalze, aber das zog nicht mehr. Sogar der MSPD.-Mann Ludwig versuchte für die russischen Konterevolutionäre eine Lanze zu brechen. Bei der Abstimmung wurden die Anträge der kommunistischen Kollegen abgelehnt. Bei der Abstimmung über die Amsterdamer demagogischen Anträge stimmten die Kollegen der KPD. dagegen.

Dann wurde noch die Frage des Gewerkschaftshauses debattiert. Kollege Müller setzte sich dafür ein. Kollege Schütz und Koch brachten in sachlicher Weise ihre Bedenken dagegen zum Ausdruck. Sie waren mit Müller einer Meinung, daß der Bau eines Gewerkschaftshauses in Zeitz notwendig wäre, aber mit Rücksicht auf die verworrene wirtschaftliche Lage und die schwierige finanzielle Lage der Kollegen ersuchten sie, die Sache zurückzustellen und erst dann wieder zur Sprache zu bringen, wenn wirklich erst das Fundament dazu geschaffen ist. In der Abstimmung über diese Frage enthielt sich ein großer Teil der Kollegen der Abstimmung.

Kollegen! Der Verlauf der Versammlung zeigt uns, daß wir nicht nachlassen dürfen, in unserer gewerkschaftlichen Arbeit, sondern die **Arbeit verstärken müssen. Dann wird uns der Sieg sicher sein!**

Hetze der Amsterdamer gegen die Opposition

DHV., Zahlstelle Eisleben

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter)

Ein in der „Holzarbeiterzeitung" vom 31. Januar 1925 erschienener „Bericht" von der Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Eisleben, welcher die Lage der Zahlstelle behandelt, bringt unter anderem auch als „Feststellung", daß die der Zahlstelle Eisleben angeschlossenen Betriebe von Helbra eingegangen sind. Wörtlich heißt es in dem reformistischen Bericht: **„... die dank der kommunistischen Agitation verlorengegangen sind".**

Nun die nackte Wirklichkeit! Bei der Generalversammlung führte angeblich die Interesselosigkeit der Helbraer Kollegen sie ins Lager der Unorganisierten. Wir, als kommunistische Kollegen, kennen die Gemeinheit, mit welcher die sozialdemokratischen Berichterstatter die Schuld verhüllen wollen, aber auch die Gefahr für den Aufbau der Organisation. Nicht die Interesselosigkeit der Kollegen ist schuld an der Schwäche der Gewerkschaften, sondern Euer elendes, feiges Verräterium, Eure Sumpfdemokratie, Eure Hundeseelenpolitik, Ihr Herren Bonzen!

Im Gegenteil: In einem örtlichen Betriebe betritt ein Kollege der Kommunistischen Partei eine Tischlerei. Wenige sind organisiert. Sein Klassenbewußtsein sichert **ihm das Vertrauen der Kollegen. Er wird gebeten, als Betriebsrat zu arbeiten, was er als Selbstverständlichkeit annimmt. Nach kurzer Zeit kann er den Erfolg buchen, daß der größte Teil in die Organisation des Holzarbeiterverbandes wieder eingereiht ist.**

Der Achtstundentag ist durch sein Auftreten gesichert.

Das ist ein andrer Standpunkt wie der der reformistischen Bonzen. Trotz Eurer Gemeinheiten, Ihr Herren, gehen wir unseren Weg. Ihr wirkt bei unserer Arbeit hemmend. Bewußt versucht Ihr, die besten Kämpfer des Proletariats zu sabotieren. Aber es wird sich zeigen, daß der Zustrom zu den Verbänden eins bringen wird: **Großes Reinemachen mit den Lakaien des Kapitals!**

Deutscher Verkehrsbund Halle im 4. Quartal des Jahres 1924

In der am Dienstag, dem 2. Februar, im „Volkspark" gutbesuchten Generalversammlung der Verwaltungsstelle Halle gab zunächst der Bevollmächtigte und Kassierer, Kollege Gräfe, Bericht über das 4. Quartal. Daraus war erfreulicherweise zu entnehmen, daß der Rückgang der Mitgliedschaft zum Stillstand gekommen und sogar eine Zunahme von 112 Mitgliedern zu verzeichnen war. Der Durchschnittsbeitrag betrug pro Mitglied und Quartal 12,4. Umgesetzt wurden rund 14 000 Wochenbeiträge in Höhe von 40 bis 190 Pf. inkl. Ortszuschlag. Außerdem sind die Kampffondsbeiträge von dem größten Teil der Mitglieder pflichtgemäß geleistet, was ein Ansporn für den damit restierenden Teil sein müßte. Die Gesamteinnahme betrug 7556,46 Mk., dem eine gleiche Gesamtausgabe gegenüberstand. An Jahreseinnahme ergaben sich 25 541,48 Mk.

Die Agitation zur Aufklärung der vorhandenen Mitgliedschaft und zur Erweiterung derselben, sowie für die Tarif- und Lohnbewegung und vieles andere mehr, war eine äußerst rege. Nicht weniger als 264 Zusammenkünfte von Mitgliedern usw. wurden im Laufe des Berichtsjahres veranstaltet. Der Erfolg war leider oft recht gering. Kollege Schaumburg sprach als zweiter Bevollmächtigter über die Maßnahmen der Arbeitgeber im allgemeinen und erörterte des näheren die großen Schwierigkeiten, die sich in bezug auf die Bessergestaltung der wirtschaftlichen Lage der organisierten Berufsangehörigen ergeben. **Nur fester Zusammenhalt derselben und Stärkung der Organisation könne mehr Vorteile schaffen helfen als bisher.**

Die Diskussion ergab volles Einverständnis über die gegebenen Berichte und wurde der Verwaltung diesbezüglich Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl der Gesamtverwaltung wurden entsprechend dem Vorschlag einer vorausgegangenen Funktionärgruppen, einstimmig gewählt.

Nachdem dann noch auf die bevorstehende Mitgliedsbuchkontrolle im Bureau hingewiesen war, schloß der Kollege Gräfe die Versammlung mit dem Wunsche, daß im laufenden Jahr **jedes einzelne Mitglied seine Pflicht und Schuldigkeit der Organisation gegenüber noch besser erfüllen möge als bisher. Vor allem sei es nötig, derselben alle zurzeit fernstehenden Berufsangehörigen zuzuführen. Denn nur dann wäre der vereinigten Arbeitgeberklasse das abzuringen, was allen Mitgliedern nottue.**

Jahreshauptversammlung des Gewerkschaftskartells Weißenfels

In der kürzlich stattgefunden Jahreshauptversammlung des Gewerkschaftskartells Weißenfels gab Kollege Kubitzky den Jahresbericht. Aus dem Bericht ging hervor, daß auch im vergangenen Jahre eine rege Tätigkeit entfaltet wurde. Am Jahresanfang wie auch beim Jahresschluß 1924 waren dem Kartell angeschlossen 16 Gewerkschaften mit 7384 Mitgliedern am Anfang des Jahres. Da noch eine große Reihe von Fragebogen nicht abgeliefert waren, was res unmöglich, die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres festzustellen. — Bei verschiedenen Veranstaltungen (Maifeier, Kinderfest) kam es zu Zusammenstößen mit der Schupo. Strafmandate waren die Folge, die jedoch vom Gericht nicht aufrechterhalten werden konnten. Im April wurde der Beschluß gefaßt, ein gewerkschaftlich-genossenschaftliches Heim zu bauen.

Bei der Vorstandswahl wurde gewählt Genosse Kubitzky, Merseburger Straße 96, als Vorsitzender, als zweiter Vorsitzender, an Stelle des zu einem anderen Verband übergetretenen Genossen König, Genosse Gustav Hauer. Der gesamte Kartellvorstand besteht, wie im vorigen Jahre, nur aus Kommunisten.

Es sei hier schon auf die am Dienstag, dem 10. Februar, abends 7½ Uhr, im „Roten Löwen" stattfindende Versammlung aller Betriebsobleute, Betriebsräte und der Stellvertreter aufmerksam gemacht. Herr Kreismedizinalrat Dr. Kühnlein, Merseburg, spricht über „Hygiene und Unfälle im Betriebe".

Die größten Halunken der Weltgeschichte

Sie haben vor einiger Zeit von der Bildung der Eisernen Division gelesen, die ausdrücklich zur Bekämpfung der Bolschewisten in den baltischen Ländern geschaffen wurde. Es war nicht klar, wie sich die Ebert-Scheidemann-Regierung dazu stellt. Jetzt wissen Sie, daß es diese Regierung selbst war, die den Vorschlag gemacht hat.

Wir können es ruhig aussprechen, daß die deutschen Gewerkschaftsführer — es ist kein Zufall, daß ein Gewerkschaftsführer solche politischen Dienste leistet —, daß die deutschen Gewerkschaftsführer und die deutschen Sozialdemokraten die infamsten und größten Halunken, die in der Welt gelebt haben, sind.

Rosa Luxemburg: Rede zum Programm auf dem Gründungsparteitag der KPD. 1918.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250211-19/fragment/page=0008